

Volume 14 • Issue 1 • 2008

Swiss Political Science Review

Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft
Revue Suisse de Science Politique
Rivista Svizzera di Scienza Politica

1

SPSR

Religion und Arbeitnehmerschutzgesetzgebung:
Eine Fuzzy Set-Analyse
Patrick Emmenegger

Religion und Arbeitnehmerschutzgesetzgebung: Eine Fuzzy Set-Analyse

PATRICK EMMENEGGER
Universität Bern

Im Zentrum dieses Artikels steht die Beziehung zwischen Religion und Arbeitsmarkt in den westlichen Demokratien. Ausgangspunkt ist der von Esping-Andersen behauptete positive Effekt der katholischen Soziallehre auf die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung. Es wird argumentiert, dass diese These um parteipolitische Akteure (Christ- und Sozialdemokratie), Religiosität sowie um eine Unterteilung zwischen den beiden Hauptströmungen des Protestantismus (reformiert und lutherisch) erweitert werden muss. Die empirische Analyse zeigt, dass die These von Esping-Andersen über einige Erklärungskraft verfügt, die diskutierten Erweiterungen aber notwendig sind. Neben religiösen Faktoren spielt auch der Grad der Koordination zwischen Firmen in einem Arbeitsmarktregime eine wichtige Rolle. Das verwendete Modell bekundet jedoch einige Mühe mit den kleinen, offenen Volkswirtschaften Europas. Hier existieren alternative Mechanismen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche im untersuchten Fall der Schweiz sogar zu analogen Verteilungseffekten zwischen den Geschlechtern führen.

KEYWORDS: Job Security Regulations • Religion • Labour Market Policies • Fuzzy Sets • Switzerland

Einleitung¹

Es existiert eine erstaunliche Diskrepanz zwischen der Bedeutung der Jobsicherheit für einzelne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits und der Rolle der Jobsicherheit in Form einer staatlichen Arbeitnehmerschutzgesetzgebung² in der sozialpolitischen Forschung andererseits. In

¹ Für hilfreiche Kommentare und Anregungen danke ich Klaus Armingeon, André Bächtiger, Malena Haenni, Raphaela Schlicht und den beiden anonymen Gutachter/innen der *Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft*.

² Diese Bezeichnung bezieht sich im Kontext des Vergleichs der westlichen Demokratien in der Regel auf den Grad der Regulierung von Kündigungen und die Beschränkungen von

Eurobarometer- und ISSP-Umfragen führt die Jobsicherheit in der Regel die Liste der wichtigsten Charakteristika einer Anstellung an. Für die meisten ist Jobsicherheit wichtiger als ein hohes Einkommen oder ein angenehmes Arbeitsumfeld.³ Trotz dieser unbestreitbar grossen Bedeutung für die Arbeitsmarktteilnehmer hat sich die sozialpolitische Forschung bis dato nur wenig mit diesem Thema auseinandergesetzt. Insbesondere vergleichende empirische Studien zu den Determinanten der Arbeitnehmerschutzgesetzgebung sind rar. Die wenigen existierenden Studien sind von statistischen und methodischen Problemen gekennzeichnet (Botero et al. 2004; Rueda 2005; Saint-Paul 1996, 2002; Siegel 2007), fokussieren auf wenige Fälle (Bonoli 2000, 2003) oder verzichten auf eine empirische Analyse (Esping-Andersen 1996, 1999). Insbesondere im letzteren Fall kann von einem blinden Fleck gesprochen werden, erfreut sich die These von Esping-Andersen in der vergleichenden sozialpolitischen Forschung doch grosser Beliebtheit.

Ich möchte mit dem vorliegenden Artikel einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke in der Literatur zu schliessen. Der Fokus liegt dabei auf der sogenannten Familialismus-These von Esping-Andersen (1996, 1999), in deren Zentrum der Effekt der Religion, und im Besonderen des Katholizismus, auf die staatliche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik steht. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen, auf die Emanzipation des Individuums ausgerichteten Sozialpolitik, ist katholische Sozialpolitik von konservativen Wertvorstellungen geprägt. Zu diesen gehört unter anderen die Vorstellung der traditionellen Familie als Nukleus der Gesellschaft. Die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung ist gemäss Esping-Andersen (1999: 23) ein optimales Instrument, um die Familie als Institution zu schützen und gleichzeitig die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau zu zementieren. Entsprechend habe die in katholischen Staaten vorherrschende politische Kultur dazu geführt, “[that trade] unions came to battle for job security” (Esping-Andersen 1996: 75).

Die These einer systematischen Beziehung zwischen Religion und Arbeitnehmerschutzgesetzgebung soll im vorliegenden Artikel einer empirischen Überprüfung zugeführt werden. Hierzu bedienen wir uns der noch sehr jungen Technik Fuzzy Set/Qualitative Comparative Analysis, kurz fs/QCA, (Ragin 2000), welche sich für die vorliegende Fragestellung beson-

Zeitarbeit. Dies gilt auch für den vorliegenden Aufsatz.

³ Vgl. die Eurobarometer 44.3 (1996) und 56.1 (2001) sowie das ISSP Work Orientations II-Modul (1997). Für eine Diskussion siehe Emmenegger (2007a).

ders gut eignet. Wie die nachfolgende Diskussion zeigen wird, sind wir bei dieser Forschungsfrage mit methodischen Problemen konfrontiert, welche durch die Anwendung dieser Technik entschärft werden können. Bevor wir uns aber diesen Problemen zuwenden, widmen wir unsere Aufmerksamkeit den Argumenten von Esping-Andersen.

Religion, Katholizismus und Arbeitnehmerschutz

Arbeitnehmerschutzgesetzgebung (hiernach ASG) kann als die gesetzliche Einschränkung des Gebrauchs der Arbeitskraft durch den Arbeitgeber verstanden werden (Addison und Teixeira 2003: 85). Im Kontext des Vergleichs der westlichen Demokratien bezieht sich diese Bezeichnung in der Regel auf den Grad der Regulierung von Kündigungen und die Beschränkungen von Zeitarbeit. Dieses Verständnis liegt auch dem vorliegenden Aufsatz zugrunde.

Mit diesem Verständnis von Arbeitnehmerschutz im Kopf und mit Blick auf Südeuropa hat Esping-Andersen Mitte der 1990er Jahre einen innovativen Vorschlag gemacht, wie die teilweise massiven Unterschiede im Grad der Regulierung zwischen den westlichen Demokratien erklärt werden können. Er argumentiert, dass eine ausgeprägte Regulierung des Arbeitsmarktes als ein sozialpolitisches Äquivalent zu einem umfassenden und generösen Wohlfahrtsstaat verstanden werden sollte (Esping-Andersen 1999: 122). Während sich die sozialpolitischen Regime Skandinaviens und Finnlands durch flexible Arbeitsmärkte, ausgeprägte soziale Rechte und eine aktive Arbeitsmarktpolitik auszeichnen würden, erfolge die soziale Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Südeuropa zu weiten Teilen durch die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung.

Doch warum haben sich die Länder Südeuropas für die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung entschieden, während die Länder Nordeuropas für flexible Arbeitsmärkte und ausgebaute Wohlfahrtsstaaten votierten? Gemäss Esping-Andersen ist die Antwort hierauf in der politischen Kultur zu finden. Die vorherrschenden kulturellen Normen Süd- und Kontinentaleuropas, welche eine traditionelle Familienorganisation (d.h. der Mann ist erwerbstätig, die Frau kümmert sich um Haushalt und Kinder) befürworten, führen dazu, dass sich selbst progressive Kräfte für sozialpolitische Interventionen einsetzen, welche letztlich die traditionelle, inegalitäre Rollenverteilung zwischen Mann und Frau perpetuieren. Diese Kräfte sind an der sozialen Absicherung der Bevölkerung interessiert, handeln aber nicht

unabhängig von vorherrschenden kulturellen Normen. Durch den Ausbau der ASG und damit der Sicherung der Anstellung des männlichen Familiennährers kann die ganze Familie sozialpolitisch abgesichert werden. Diese sozialpolitischen Interventionen haben jedoch auch Verteilungseffekte, welche nicht zuletzt dazu führen, dass der Eintritt der Frauen in den Arbeitsmarkt erschwert wird (Lindbeck und Snower 1988; Estevez-Abe et al. 2001; Estevez-Abe 2005).

Diese familialistische Kultur Südeuropas lässt sich gemäss Esping-Andersen auf die zentrale Rolle der katholischen Sozialdoktrin zurückführen. Diese betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern (siehe auch Greeley 1989), was heute noch im Verbot der Frauenordination zum Ausdruck kommt. Sie unterstreicht des weiteren das Subsidiaritätsprinzip, welchem ein impliziter Familialismus innewohnt, da (sozialpolitische) Aufgaben soweit wie möglich von der jeweils kleineren Einheit wahrgenommen werden sollen (siehe auch van Kersbergen 1995). Als kleinste Einheit dient dabei die Familie, welche für deren Mitglieder sorgen soll. Dies steht im Gegensatz zum Fokus auf das Individuum und staatliche Interventionen in sozialdemokratischen und liberalen Sozialstaatstraditionen. Konsequenterweise ist ein systematischer Zusammenhang zwischen Katholizismus und Arbeitsmarktregulierung zu erwarten. Diese These bedarf aber der Verfeinerungen, wie die nachfolgende Diskussion zeigen wird.

Die Stärke von sozial- und christdemokratischen Parteien

Politische Kultur kann als “a particular pattern of orientations to political action in which [...] every political system is embedded” (Almond 1956: 396, zitiert in Peters 1998: 82f.) definiert werden. Das bedeutet, dass eine politische Aktion durch die vorherrschende politische Kultur beeinflusst wird. Die politische Kultur ist aber *nicht* mit der Handlung gleichzusetzen. Vielmehr bedarf es noch dieser Aktion. Dieses Verständnis kommt auch bei Esping-Andersen implizit zum Ausdruck, wenn er argumentiert, dass die Arbeiterbewegung für die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung “gekämpft” hätte (Esping-Andersen 1996: 75). Wir sehen uns also hier mit einem Interaktionseffekt zwischen einer vorherrschenden katholischen Kultur und einer durchsetzungsfähigen linken Bewegung konfrontiert.⁴ Nur wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, kann mit einer ausgeprägten ASG

⁴ Gemäss Ferrera (1996) ist ein positiver Effekt der Stärke der linken Bewegung auf die Höhe der ASG vor allem dann zu erwarten, wenn diese linke Bewegung fragmentiert und deshalb beispielsweise eine Einkommenspolitik relativ ineffizient ist.

gerechnet werden. Fehlt eine einflussreiche linke Bewegung, ist kein Zusammenhang zwischen Katholizismus und ASG zu erwarten (z.B. Irland). Dies ist eine erste, wichtige Präzisierung der Familialismus-These.

Obwohl von Esping-Andersen (1996: 66) ein Zusammenhang explizit abgelehnt wird, ist ein analoger Interaktionseffekt konsequenterweise auch zwischen einer katholischen politischen Kultur und der Stärke der christdemokratischen Bewegung zu erwarten. Die sozialpolitische Rolle der Christdemokratie ist mittlerweile in der Literatur gut dokumentiert (Huber et al. 1993; van Kersbergen 1995; van Kersbergen und Manow 2007). Da diese Parteien der katholischen Sozialdoktrin inhaltlich näher stehen als sozialdemokratische Parteien, impliziert die Argumentation Esping-Andersens einen weiteren Interaktionseffekt. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass in einigen Ländern die Christdemokratie die stärkste politische Bewegung im rechten Lager ist (z. B. Österreich). In diesen Fällen ist theoretisch nicht klar, wie sozialpolitisch aktiv die christdemokratische Partei sein wird (Esping-Andersen und Korpi 1984). Positive Effekte sind vor allem dann zu erwarten, wenn die sozial- und christdemokratischen Parteien im Wettbewerb um eine ähnliche Klientel stehen, da sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums noch eine weitere grosse Partei befindet. Folglich sollten wir eine ausgeprägte Arbeitnehmerschutzgesetzgebung in denjenigen Ländern beobachten, in denen eine familialistische politische Kultur auf eine starke Christdemokratie *und/oder* Sozialdemokratie trifft.

Religion und Religiosität

Darf Familialismus mit Katholizismus gleichgesetzt werden? Oder anders gefragt: Sind alle Katholiken gleich katholisch? Wir argumentieren, dass der Katholizismus die persönlichen Werthaltungen vor allem dann beeinflusst, wenn die betreffende Person religiös ist. Das heisst nicht, dass nur religiöse Personen durch die vorherrschenden kulturellen Normen beeinflusst werden, aber bei nicht-religiösen Personen besteht die Möglichkeit, dass diese religionsbedingten kulturellen Normen explizit abgelehnt werden. Auf der Makroebene könnte dies bedeuten, dass einzelne Gesellschaften religiöser sind als andere. Beispielsweise wird Frankreich immer wieder als besonders laizistisch beschrieben (van Kersbergen 1995: 208; Minkenberg 2002a: 224; Madeley 2003: 8).

Einige Autoren gehen sogar noch einen Schritt weiter und argumentieren, dass weniger die Konfession als die Religiosität im Allgemeinen

im Zentrum der Analyse stehen sollte. Gemäss Bahle (2002: 395) sind protestantische Vorstellungen von sozialer Ordnung ähnlich konservativ wie katholische. Castles (1994: 30) argumentiert analog, betont aber den höheren Grad an Religiosität in katholischen Staaten.⁵ Aber auch zwischen den Staaten mit gleicher Konfession lassen sich grosse Unterschiede beobachten. Insbesondere das katholische Frankreich ist relativ säkularisiert, während die protestantischen USA vergleichsweise religiös sind (Norris und Inglehart 2004: 85). In der Wahlforschung wird in den letzten Jahren ebenfalls die Zunahme der Bedeutung der Religiosität im Vergleich zur Konfession betont (Dalton 2006: 158ff.; Geissbühler 1999; Wolf 1996). Dies alles deutet darauf hin, dass ein Effekt der katholischen politischen Kultur vor allem dann zu erwarten ist, wenn sie mit einer ausgesprochenen Religiosität gepaart wird.⁶

Religiosität ist aber ein schwer zu fassendes Phänomen, das sowohl eine Angebots- wie auch eine Nachfrageseite hat. Die Nachfrageseite betont das Bedürfnis eines Individuums nach Religion sowie die Rolle und Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben (Stark und Iannaccone 1994: 244). In den letzten Jahren ist aber auch eine Literatur ("economics of religion") aufgekommen, welche die Angebotsseite betont.⁷ Iannaccone (1991) argumentiert mit Blick auf die USA, dass die Beziehungen zwischen verschiedenen Konfessionen und Gruppierungen analog zu einem Markt zu betrachten seien. Wird eine Konfession aufgrund staatlicher Regulierung zur Monopolistin, braucht sich diese Konfession nicht mehr um ihre Mitglieder zu kümmern, da ihr trotzdem keine Konkurrenz erwachsen kann. Diese passive Haltung der Kirche führt aber dazu, dass die Religiosität insgesamt abnimmt. Stehen hingegen viele Gruppierungen und Konfessionen untereinander im Wettbewerb, müssen sich diese Gruppierungen um ihre Mitglieder bemühen, wodurch sich das Angebot an religiösen Dienstleistungen und infolgedessen die Religiosität erhöht. Dies führt zur These, dass die staatliche Regulierung der Religionen in einem inversen Verhältnis zur Religiosität steht. Diese Hypothese wurde in mehreren vergleichenden

⁵ Dies ist in der Tat der Fall. Auf der Basis der ISSP 1998-Daten kann gezeigt werden, dass Personen, welche in einem katholischen Umfeld sozialisiert wurden, weniger häufig ihre Konfession aufgeben als Protestanten. Katholiken sind ausserdem regelmässiger Kirchgänger als Protestanten (Emmenegger 2007b).

⁶ Einen solchen Effekt findet beispielsweise Minkenberg (2002a) bei seiner Analyse der religiösen Determinanten der Regulierung von Abtreibungen.

⁷ Die Grundidee wurde bereits zuvor von Heidenheimer (1983: 11) in die politikwissenschaftliche Debatte eingeführt.

Studien bestätigt (Chaves und Cann 1992; Hamberg und Pettersson 1994; Iannaccone 1991; Stark und Iannaccone 1994).

Es ist wichtig zu betonen, dass gemäss Max Weber der Effekt von Religion nicht vom Grad der Religiosität abhängt. Auch wenn die Menschen in der Zwischenzeit sich nicht mehr durch die Religion in ihren Handlungen gebunden fühlen, so beeinflussen die ethischen Werte doch weiterhin deren Vorgehensweise und Präferenzen (Madeley 1983: 45). Wir stimmen Weber darin zu, dass die Religion weiterhin die ethischen Werte der Menschen beeinflusst, wir glauben aber, dass dieser Effekt bei religiösen Menschen stärker ist.

Reformierter und lutherischer Protestantismus

Der Ruf nach einer Neubesinnung weg von Konfessionen hin zu Religiosität erhält aber nicht von allen Beiträgen Zustimmung. Ganz im Gegenteil betonen einige Autorinnen und Autoren zusätzliche Unterschiede zwischen den Konfessionen. Der Fokus liegt dabei nicht mehr auf der Gegenüberstellung von Katholizismus und Protestantismus wie bei Esping-Andersen, sondern neu wird auch zwischen dem lutheranisch geprägten Protestantismus Skandinaviens und Deutschlands sowie den reformiert-protestantischen Bewegungen im angelsächsischen Raum, der Niederlande und der Schweiz unterschieden (Bahle 2002; Heidenheimer 1983; Kahl 2005; Kaufmann 1988; Manow 2002). Für die vorliegende Fragestellung ist dabei von besonderer Relevanz, dass dem reformierten Protestantismus eine ausgeprägte staatskritische Haltung innewohnt, welche diesen deutlich vom lutherisch geprägten Protestantismus abhebt (Bahle 2002: 395; Heidenheimer 1983: 6ff.; Kahl 2007: 282; Manow 2002: 208; Sørensen 1998: 369).

Kombiniert man diese Unterscheidung mit der These von Esping-Andersen, so ergibt sich folgende Hypothese: Die katholische ist im Gegensatz zur protestantischen Kultur ein besonders fruchtbares Umfeld für eine staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes. Innerhalb des Protestantismus ist eine Unterscheidung zwischen einer reformiert-protestantischen und einer lutherisch-protestantischen Kultur notwendig. Erstere stellt ein besonders regulierungsfeindliches Umfeld dar, während letztere staatlichen Interventionen gegenüber weniger abgeneigt ist.

Fuzzy Set/QCA und die Analyse komplexer Zusammenhänge

Die vorangegangene kurze Diskussion hat gezeigt, dass eine empirische Umsetzung der Familialismus-These von Esping-Andersen diverse potentielle Interaktionseffekte berücksichtigen muss. Zum Beispiel wäre ein Effekt der katholischen politischen Kultur auf die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung (ASG) vor allem dann zu erwarten, wenn gleichzeitig eine hohe Religiosität (angebotsseitig) sowie eine starke Christdemokratie oder Sozialdemokratie vorliegt. Falls solche komplexen Interaktionen mit statistischen Methoden untersucht werden sollen, ist eine hohe Fallzahl unerlässlich. In der vorliegenden Arbeit werden aber nur 19 Länder berücksichtigt. Während eine Erweiterung der Fallzahl durchaus wünschenswert wäre (Goldthorpe 2000: 52), so ist dies bei der vorliegenden Forschungsanlage nicht möglich. Die Hypothese kann nur im Kontext von christlichen und entwickelten Demokratien untersucht werden. Unter Ausschluss der sehr kleinen Länder, verbleiben nur noch die nachfolgenden 19 Staaten: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und USA.⁸

In einer solchen Situation bietet sich die Technik fs/QCA (Ragin 2000) an, welche eine Analyse von komplexen Interaktionen auch bei kleinen Fallzahlen erlaubt. fs/QCA basiert auf der Analyse von notwendigen und hinreichenden Bedingungen für ein bestimmtes Ergebnis, welche mit Hilfe der Booleschen Algebra aus den vorliegenden Daten hergeleitet werden. Der Fokus liegt dabei weniger auf den unilateralen Effekten einzelner Bedingungen, als auf der Annahme maximaler strukturmässiger Komplexität. Mit Hilfe von fs/QCA lässt sich die im vorherigen Abschnitt erwähnte komplexe Hypothese formal wie folgt darstellen.

$$\text{KONF} \times \text{regu} \times (\text{LINPAR} + \text{RELPAR}) \rightarrow \text{ASG}$$

Grossbuchstaben stehen für die Präsenz eines Konzepts, während Kleinbuchstaben dessen Negierung darstellen. Das Multiplikationszeichen entspricht im Booleschen Sinne dem “und”, während das Summationszeichen

⁸ Die sehr kleinen Länder werden aus Gründen der Datenverfügbarkeit aus der Analyse ausgeschlossen. Griechenland wird in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt. Aus den Arbeiten Esping-Andersens lassen sich keine Hypothesen ableiten. Vieles deutet aber darauf hin, dass die Beziehung zwischen der griechisch-orthodoxen Kirche und dem griechischen Staat vergleichbar mit der lutherisch-reformierten Kirche-Staat-Beziehung ist (Mavrogordatos 2000: 10; Minkenberg 2002a: 236f.; Therborn 1994: 103).

dem “oder” entspricht. Damit kann die Formel wie folgt gelesen werden. Die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung (ASG) ist ausgeprägt, wenn eine katholische Kultur (KONF) vorliegt, die Kirche-Staat-Beziehung wenig reguliert (regu) ist und entweder eine starke Sozialdemokratie (LINPAR) oder eine starke Christdemokratie (RELPAR) im Parteiensystem vertreten ist.

fs/QCA soll hier in erster Linie als ordnendes und beschreibendes Instrument zum Einsatz gelangen. Dabei sind zwei besonders vorteilhafte Eigenheiten von fs/QCA zu betonen: (1) Die Kalibrierung von Fuzzy Set Scores zwingt den/die Forschende/n zu einem transparenten Umgang mit den Indikatoren. Damit kann die Nachvollziehbarkeit der empirischen Analyse erhöht werden (Ragin und Sonnett 2005: 193; Ragin 2007a: 10). (2) Der dieser Methode inhärente Fokus auf Fälle ist besonders hilfreich für die Identifizierung von kritischen, sprich problematischen, Fällen (Ragin 2000: 50ff.).

Keine Methode ist frei von Problemen. Dies gilt auch für fs/QCA. Resultate können verzerrt sein, wenn eine zentrale Bedingung nicht berücksichtigt wird (Seawright 2005). In der Statistik wird dies als “omitted variable bias” bezeichnet. Bei fs/QCA ist dies problematischer als bei einer gewöhnlichen Regressionsanalyse, da letztere den unabhängigen Effekt einer erklärenden Variable herausfiltern will, während fs/QCA auf Konfigurationen von einzelnen Bedingungen fokussiert. Es ist deshalb notwendig, dass nicht nur die These von Esping-Andersen Einzug in die Analyse hält, sondern auch die beiden wichtigsten alternativen Hypothesen. Diese werden in den nachfolgenden Abschnitten kurz diskutiert.

Theoretische Alternative I: Insider/Outsider-Politics

Die Insider/Outsider-These argumentiert, dass die ASG eine Massnahme ist, um die Verhandlungsmacht der Arbeitsplatzbesitzer, die Insider, gegenüber den Arbeitgebern zu erhöhen (Lindbeck und Snower 1988). Die Arbeitsplatzbesitzer sind letztlich an hohen Löhnen interessiert. Sie müssen aber fürchten, dass sie bei zu hohen Lohnforderungen durch Arbeitslose, sogenannte Outsider, ersetzt würden. Die Wahrscheinlichkeit von letzterem ist aber eine Funktion der ASG: Je ausgeprägter die ASG, desto kostspieliger ist das Ersetzen von Arbeitsplatzbesitzern durch Arbeitslose für die Arbeitgeber.

Die ASG bevorteilt folglich die Arbeitsplatzbesitzer gegenüber den Arbeitslosen. Diese unterschiedlichen Präferenzen für ASG spalten die Arbei-

terklasse. Die Sozialdemokratie als natürliche Vertreterin der Arbeiterklasse sieht sich deshalb mit einem Dilemma konfrontiert (Rueda 2005; siehe auch Saint-Paul 2002). Sie kann in dieser Sachfrage nicht beide Gruppen gleichzeitig vertreten. Gemäss Rueda (2005: 62) wird die Sozialdemokratie aus wahltaktischen Gründen letztlich die Interessen der Arbeitsmarktbetreiber unterstützen, da diese zahlreicher sind und eine höhere Partizipationswahrscheinlichkeit in Wahlen haben. Folglich ist ein positiver Effekt der Stärke der Sozialdemokratie auf die Höhe der ASG zu erwarten.

Theoretische Alternative II: Arbeitsmarktregime und Bildungsinvestitionen

Ansätze, welche auf unterschiedliche Produktionsregime und Bildungsinvestitionen fokussieren, betonen die Rolle der ASG als institutionelle Absicherung. Dank ASG haben Arbeitnehmer nach Investitionen in ihre Fähigkeiten Zeit, die Früchte ihres Einsatzes durch Jobsicherheit und hohe Löhne zu ernten. Ohne ASG ist zu erwarten, dass sich Arbeitnehmer vor allem in Bereichen weiterbilden, welche nicht direkt in Verbindung zur gegenwärtigen Tätigkeit stehen, sondern allgemein verwendbar sind (Crouch et al. 1999; Estevez-Abe et al. 2001; Iversen und Soskice 2001).

Da die ASG die Produktivität positiv beeinflusst (Levine und D'Andrea Tyson 1990; Levine 1991; Streeck 1991; Lane 1989; Büchtemann 1993), wird sie auch durch einen Teil der Arbeitgeber unterstützt. Dabei sehen sich die Arbeitgeber aber mit einem sozialem Dilemma konfrontiert, da es für alle Firmen individuell-rational ist, die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer nicht zu unterstützen, sondern die ausgebildeten Arbeitnehmer von anderen Firmen abzuwerben. Dies kann nur durch eine ausgeprägte Koordination der Aktivitäten der einzelnen Unternehmen verhindert werden (Hall und Soskice 2001; Swenson 2002). Aus diesem Grund ist ein positiver Zusammenhang zwischen dem Grad der Koordination zwischen Firmen und der Höhe der Arbeitnehmerschutzgesetzgebung zu erwarten.

Kalibrierung der Bedingungen

In diesem Abschnitt wird die Operationalisierung der sechs Bedingungen beschrieben, die im nachfolgenden empirischen Teil verwendet werden. Die Operationalisierung ist bei einer Fuzzy Set/QCA-Analyse von entscheidender Bedeutung (Smithson 1987; Klir und Yuan 1995; Lieberman

1994; Kvist 2006), weshalb ihr hier ausreichend Platz eingeräumt werden soll. Die Tabellen im Anhang zeigen dabei sowohl den Originalwert des Indikators wie auch die Transformation in einen Fuzzy Set-Score.

(1) *Arbeitnehmerschutzgesetzgebung*.—Die Kodierung des Outcomes erfolgt mit Hilfe der direkten Methode (Ragin 2007a). Hierbei müssen drei qualitative Schwellen vorgängig bestimmt werden: (1) Das Outcome ist vollständig abwesend (≤ 0.05), (2) das Outcome ist vollständig anwesend (≥ 0.95) sowie (3) der sogenannte Indifferenzpunkt (= 0.50). Als Grundlage dient der “Employment Protection Legislation”-Indikator der OECD (2004).⁹ Als unteren Schwellenwert wird 0.5 gewählt. Diese Wahl berücksichtigt einerseits die herausragende Stellung der USA bezüglich der Arbeitsmarktregulierung, die sogenannte “employment at will”-Doktrin, andererseits werden dadurch auch die Einschränkungen durch die Rechtsprechung betont (Krueger 1991; Mendelsohn 1990). Ab einer Indikatorenprägung von 2.75 wird das Outcome als vollständig anwesend betrachtet. Diese Wahl berücksichtigt, dass die iberischen Arbeitsmärkte (Portugal und Spanien) in vergleichender Perspektive oftmals als ähnlich rigid betrachtet werden (Bover et al. 2000).¹⁰ Der Indifferenzpunkt wird bei 1.8 und damit genau zwischen Finnland (1.73) und Italien (1.98) festgelegt. Diese Wahl entspricht ebenfalls der Diskussion in der Literatur, in der Finnland als ein Land mit einem durchschnittlich regulierten Arbeitsmarkt beschrieben wird (Vartiainen 1998; Finnish Labour Market Institute for Economic Research/ECOTEC Research Consulting Ltd. 1997), während der italienische Arbeitsmarkt als relativ rigide bezeichnet wird (Emerson 1988; Bertola 1990; Bertola und Ichino 1995). Die zweite Spalte in Tabelle 1 präsentiert die Fuzzy Set-Scores für das Outcome ASG.

(2) *Konfession*.—Im Zentrum der Esping-Andersenschen These steht die historisch dominante Konfession eines Landes. Sein Fokus liegt auf Unterschieden zwischen Katholiken und Protestanten. Wie wir aber in der kurzen theoretischen Diskussion gesehen haben, zeichnet sich die reformiert-protestantische Konfession durch eine deutlich staatskritischere Grundhaltung als die lutherisch-protestantische Konfession aus. Die Ope-

⁹ Der verwendete Indikator ist eine leicht korrigierte Version des ursprünglichen OECD-Indikators. Die Veränderungen sind in Tabelle A.1 im Anhang dokumentiert. Die Korrekturen haben nur einen geringen Effekt auf die relativen Indikatorenwerte. Die Korrelation zwischen Originalindikator und korrigiertem Indikator beläuft sich auf $r = 0.95$.

¹⁰ Diese Vorgehensweise hat zur Folge, dass Extremwerte eines Indikators keinen zu dominanten Effekt auf die Resultate haben. Im Englischen wird diese Rekodierung als Winsorizing bezeichnet (Ragin 1994: 330ff.).

rationalisierung der Bedingung “Konfession” soll diesem Unterschied Rechnung tragen.

Historisch betrachtet setzen sich alle Länder im Sample entweder aus vorwiegend einer Konfession (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, USA) oder aus einer dominanten Konfession kombiniert mit einer starken Minderheit zusammen (z.B. Australien, Deutschland, Kanada, Niederlande, Schweiz).¹¹ Im zweiten Fall werden die beiden Konfessionen im Verhältnis 2: 1 gewichtet. Der Indikator setzt sich wie folgt zusammen: Katholische Länder (bzw. Bevölkerungssegmente) erhalten zwei Punkte, lutherisch-protestantische Länder (bzw. Bevölkerungssegmente) einen Punkt und reformiert-protestantische Länder (bzw. Bevölkerungssegmente) erhalten keinen Punkt. Einige Beispiele sind hilfreich, um das Vorgehen zu illustrieren:

- Schweiz (reformiert-protestantisch mit wichtiger katholischer Minderheit): $2 \times 0 + 1 \times 2 = 2$.
- Irland (katholisch): $3 \times 2 = 6$.
- USA (reformiert-protestantisch): $3 \times 0 = 0$
- Deutschland (lutherisch-protestantisch mit wichtiger katholischer Minderheit): $2 \times 1 + 1 \times 2 = 4$

Der resultierende Indikator variiert zwischen 0 und 6. Die Ausprägungen 0, 1 und 2 erhalten nur Länder, welche mehrheitlich reformiert-protestantisch sind. Die Ausprägungen 4, 5 und 6 erhalten nur Länder, welche mehrheitlich katholisch oder lutherisch-protestantisch mit starker katholischer Minderheit sind (Deutschland). Als Indifferenzpunkt wählen wir die Indikatorausprägung 3. Hierbei handelt es sich ausschliesslich um Länder, welche lutherisch-protestantisch sind. Die dritte Spalte in Tabelle 1 zeigt die Werte für die Bedingung “Konfession”.

(3) *Regulierung*.—Den Aspekt der angebotsseitigen Religiosität erfassen wir mit dem von Chaves und Cann (1992) entwickelten und von Minkenberg (2002b) ergänzten Indikator für die Regulierung der kirchlichen Aktivitäten durch den Staat. Der Indikator variiert zwischen 0 und 8. Sind vier oder mehr Kriterien für eine regulierte Kirche-Staat-Beziehung erfüllt, betrachten wir das Staat-Kirche-Verhältnis als mehrheitlich oder völlig reguliert. Spalte 4 in Tabelle 1 gibt die Fuzzy Set-Scores für die Bedingung “Regulierung” wieder.

¹¹ Die vorgenommene Einteilung basiert auf Daten zur konfessionellen Zusammensetzung der untersuchten Länder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

(4) *Subjektive Religiosität*.—Die Nachfrageseite der Religiosität wird mit Hilfe von Umfrage-Daten operationalisiert. Drei Indikatoren stammen aus dem Datensatz von Norris und Inglehart (2005). Der vierte Indikator wurde von Minkenberg (2002a: 238) entwickelt. Alle vier Indikatoren basieren auf Daten, welche den World Value Surveys entnommen wurden.¹² Da keine theoretischen Argumente existieren, ab welchem Schwellenwert ein Land als religiös zu bezeichnen ist, wird die Bedingung “Subjektive Religiosität” linear aus dem Mittelwert der vier standardisierten Indikatoren abgeleitet. Die Bedingung “Subjektive Religiosität” (hiernach “Religiosität”) ist in der fünften Spalte in Tabelle 1 abgedruckt.

(5) *Religiöse Parteien*.—Die Stärke der religiösen Parteien in einem nationalen politischen System (1949–1999) wird ebenfalls mit Hilfe eines additiven Indikators operationalisiert. Die Klassifikation erfolgt nach fünf Kriterien:¹³ (1) Existiert eine religiöse Partei in mehr als einem Wahlgang (ein Punkt)? (2) Beinhaltet die Wahlplattform dieser Partei(en) in der Regel traditionelle moralische Werte (ein Punkt)?¹⁴ (3) Befand(en) sich die religiöse(n) Partei(en) mehr als zwanzig Jahre in der Regierung (ein Punkt)? (4) Ist der Religionscleavage wahltechnisch relevant (ein Punkt)?¹⁵ (5) Wie hoch ist der durchschnittliche Wahlanteil aller religiöser Parteien (zwei Punkte)?¹⁶ Der resultierende Indikator variiert zwischen 0 und 6. Die Ausprägungen 0 bis 2 erhalten nur jene Fälle, welche keine oder nur eine wenig einflussreiche religiöse Partei aufweisen. Die Ausprägungen 4 bis 6 erhalten nur Fälle, welche eine religiöse Parteien haben, die auch einen beträchtlichen Einfluss auf die Politik ausüben kann. Als Indifferenzpunkt wählen wir die Indikатораusprägung 3. Spalte 6 in Tabelle 1 gibt die Fuzzy Set-Scores für die Bedingung “Religiöse Parteien” wieder.

¹² Die verwendeten Fragen sind in Tabelle A.5 im Anhang dokumentiert.

¹³ Die Entwicklung des Indikators erfolgte auf der Basis einer Vorlage von Minkenberg (2002a: 241), ist mit dieser aber nicht identisch. Siehe Tabelle A.6 im Anhang für eine Dokumentation der verwendeten Quellen.

¹⁴ Bei mehreren religiösen Parteien reicht eine Partei. Die Bewertung erfolgt auf der Basis der Daten des Party Manifesto Projects (Budge et al. 2002). Der Grenzwert ist $PER603$ (Traditional Morality: Positive) – $PER604$ (Traditional Morality: Negative) > 2 .

¹⁵ Die Daten stammen von Dalton (1996: 180; 2002: 158; 2006: 161). Die Spaltungslinie wird als relevant klassifiziert, wenn Cramer’s V (durchschnittlich) über 0.25 liegt.

¹⁶ Weniger als 10% (marginale Partei): 0 Punkte; zwischen 10 und 30% (wichtige, aber nicht dominierende Partei): 1 Punkt; mehr als 30% (dominierende Partei): 2 Punkte.

(6) *Linke Parteien*.—Zur Kalibrierung der Bedingung “Stärke linker Parteien” wird wieder auf die direkte Methode (Ragin 2007a) zurückgegriffen. Der untere Schwellenwert (keine dominante linke Partei) wird bei 5% Stimmenanteil in den Jahren 1960–2000 angesetzt. Dies entspricht in etwa einer kleinen Randpartei. Der obere Schwellenwert (dominante linke Partei) liegt bei 50%. Kontrolliert eine Partei im beobachteten Zeitraum 50% der Jahre die Regierung, kann davon ausgegangen werden, dass diese Partei dominant ist. Der Indifferenzpunkt wird bei 30% angesetzt. Dies trennt die Schweiz (28.57%) von Belgien (31.59%). Spalte 7 in Tabelle 1 zeigt die Fuzzy Set-Scores für die Bedingung “Linke Parteien”.

(7) *Koordination*.—Der Grad der Koordination zwischen Firmen in einer Volkswirtschaft wird mit Hilfe des Indikators von Hall und Gingerich (2004a) operationalisiert. Dieser Indikator variiert von 0 (USA) bis 1 (Österreich). Der Indifferenzpunkt (= 0.50) trennt die Schweiz (0.51) von Australien (0.36). Dies stimmt mit der Klassifikation von Hall und Soskice (2001: 19ff.), welche die Schweiz der Gruppe der koordinierten Marktwirtschaften und Australien der Gruppen der liberalen Marktwirtschaften zuteilen, überein. Der Indikator wird deshalb ohne weitere Veränderungen übernommen (siehe Spalte 8 in Tabelle 8).

Empirische Analyse

Mit Hilfe von fs/QCA können vier Fragen untersucht werden: (1) Was ist eine *notwendige* Bedingung, damit wir ein Outcome beobachten können? (2) Was ist eine *hinreichende* Bedingung, damit wir ein Outcome beobachten können? (3) Was ist eine notwendige Bedingung, damit wir ein Outcome *nicht* beobachten können? (4) Was ist eine hinreichende Bedingung, damit wir ein Outcome *nicht* beobachten können? Anwendungen von fs/QCA fokussieren meist auf Frage 2 (Rihoux 2003: 357). Dies ist einerseits eine unnötige Einschränkung, da auch notwendige Bedingungen interessante Einsichten bringen können, andererseits ist dies auch eine problematische Unterlassung, da ein Nicht-Ereignis die Kehrseite eines Ereignisses darstellt. Dabei ist eine Bedingung für ein Ereignis in der Regel nicht identisch mit der Negation einer Bedingung für ein Nicht-Ereignis.

Verglichen werden die Resultate mit Hilfe der Konsistenz (“Consistency”) und Abdeckung (“Coverage”) einer Bedingung, welche mit Hilfe des Computer-Programms fs/QCA 2.0 (Ragin et al. 2006) berechnet wurden. Die Konsistenz umschreibt den Grad der Übereinstimmung von verschie-

Tabelle 1: Fuzzy Set-Scores

Land	ASG	Konfession	Regulierung	Religiosität	Religiöse Parteien	Linke Parteien	Koordination
Kurzform:	ASG	KONF	REGU	RELIG	RELPAR	LINPAR	KOOR
Australien	0.21	0.33	0.29	0.37	0.00	0.79	0.36
Belgien	0.43	1.00	0.71	0.32	1.00	0.56	0.74
Dänemark	0.17	0.50	1.00	0.00	0.50	0.97	0.70
Deutschland	0.92	0.67	0.71	0.25	0.83	0.58	0.95
Finnland	0.46	0.50	1.00	0.19	0.50	0.75	0.72
Frankreich	0.95	1.00	0.29	0.06	0.33	0.45	0.69
Grossbritannien	0.10	0.00	0.71	0.21	0.00	0.69	0.07
Irland	0.23	1.00	0.29	0.78	0.50	0.09	0.29
Italien	0.64	1.00	0.43	0.71	1.00	0.37	0.87
Kanada	0.17	0.33	0.14	0.70	0.00	0.03	0.13
Neuseeland	0.41	0.00	0.14	0.29	0.00	0.43	0.21
Niederlande	0.90	0.33	0.14	0.24	1.00	0.23	0.66
Norwegen	0.91	0.50	1.00	0.11	0.67	0.99	0.76
Österreich	0.79	1.00	0.57	0.43	0.83	0.99	1.00
Portugal	1.00	1.00	0.57	0.71	0.33	0.15	0.72
Schweden	0.93	0.50	1.00	0.04	0.33	1.00	0.69
Schweiz	0.17	0.33	0.57	0.32	0.83	0.46	0.51
Spanien	0.96	1.00	0.43	0.48	0.67	0.60	0.57
USA	0.02	0.00	0.00	1.00	0.00	0.03	0.00

Quellen: Siehe Anhang (Tabellen A.2 bis A.8)

denen Fällen, welche eine identische Kombination von Bedingungen aufweisen, bezüglich dem Outcome. Die Abdeckung dokumentiert den Geltungsbereich einer abgeleiteten Lösung (Ragin 2006: 292). Die Lösungen werden in simplifizierter Form wiedergegeben. Wir folgen dabei der Vorgehensweise von Ragin und Sonnett (2005), welche einen Mittelweg zwischen dem konservativen Ansatz und dem “Gebot der maximalen Sparsamkeit” darstellt. Dabei werden logische Rudimente aufgrund theoretisch begründeter Annahmen bei Vereinfachungen der Lösungen berücksichtigt. Dieser Umgang mit logischen Rudimenten wird in der Literatur als Minimierung mit Hilfe zielgerichteter Erwartungen bezeichnet.¹⁷

Die Beziehung zwischen Religion und Arbeitnehmerschutzgesetzgebung (ASG) soll im nachfolgenden aus allen vier analytischen Perspektiven in gebotener Kürze diskutiert werden. Ausgangspunkt ist die folgende Gleichung mit den sechs Bedingungen und dem Outcome ASG:

$$\text{KONF+RELIG+REGU+RELPAR+LINPAR+KOOR} \rightarrow \text{ASG}$$

Dabei steht ASG für Arbeitnehmerschutzgesetzgebung, KONF für Konfession, RELIG für subjektive Religiosität, REGU für die Regulierung der Staat-Kirche-Beziehung, RELPAR und LINPAR für die Stärke religiöser respektive linker Parteien und KOOR für den Grad der Koordination zwischen Firmen in einer Volkswirtschaft. Mit der Grossschreibung wird die Präsenz eines Konzepts gekennzeichnet.

Analyse von notwendigen Bedingungen

Die Analyse der notwendigen Bedingungen für das Outcome ASG zeigt, dass die Bedingung “Koordination” den höchsten Konsistenzwert (0.822) aufweist. Die Abdeckung dieser Bedingung ist 0.801. Um die Resultate zu analysieren, können Abbildungen verwendet werden. Bei notwendigen Bedingungen sollten alle Punkte rechts der Diagonalen sein. Wie die Visualisierung des Zusammenhangs zwischen Koordination und Arbeitnehmerschutzgesetzgebung zeigt, kann die Bedingung “Koordination” das Outcome “Arbeitnehmerschutzgesetzgebung” nur ungenügend erklären (siehe Abbildung 1). Einerseits ist der Grad der Koordination in einzelnen Ländern nicht gross genug, um das Ausmass der Arbeitnehmerschutzge-

¹⁷ Wie Schneider und Wagemann (2007: 108) betonen, ist aber auch diese Vorgehensweise mit Problemen verbunden, da die Möglichkeit besteht, dass einzelne Bedingungen in verschiedenen Konfigurationen unterschiedliche kausale Rollen spielen.

setzung zu erklären (z.B. Neuseeland und Spanien), andererseits ist das Ausmass der Arbeitnehmerschutzgesetzgebung niedriger, als dass man das auf der Basis der Koordination zwischen den Firmen in einer Volkswirtschaft erwarten würde (z.B. Dänemark und die Schweiz). In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass sehr hohe Konsistenzwerte erreicht werden müssen, damit eine Bedingung als eindeutig notwendig für ein Outcome anerkannt werden kann (Schneider und Wagemann 2007: 234). Dabei ist ein Konsistenzwert von 0.822 als zu niedrig zu beurteilen.

Die Analyse der notwendigen Bedingungen für das Nicht-Ereignis asg, d.h. ein flexibler Arbeitsmarkt, führt zu analogen Resultaten. Dieses Mal erweist sich die Negation von Koordination zwischen den Firmen in einer Volkswirtschaft als erklärungs mächtigste Bedingung. Jedoch ist auch hier der Konsistenzwert mit 0.754 zu niedrig, um von einer effektiv notwendigen Bedingung sprechen zu können.

Hinreichende Bedingungen für das Outcome ASG

Bei der Analyse der hinreichenden Bedingungen werden die verschiedenen Konfigurationen in einer sogenannten Wahrheitstafel dargestellt. Diese Tabelle zeigt alle möglichen Kombinationen von Bedingungen ($2^6 = 64$) und klassiert alle Fälle (für die Wahrheitstafel siehe Tabelle A.9 im Anhang). Wir wählen eine Konsistenz von 0.85 als Schwellenwert für das Vorhandensein des Outcomes ASG.¹⁸ Das führt uns nach einigen Minimierungen zur folgenden Gleichung:

$$\text{KOOR} \times \text{KONF} \times (\text{regu} + \text{RELIG} + \text{RELPAR} \times \text{LINPAR}) \rightarrow \text{ASG}^{19}$$

Konsistenz: 0.880
Abdeckung: 0.669

Diese Gleichung kann wie folgt gelesen werden: Eine ausgeprägte Arbeitnehmerschutzgesetzgebung existiert in koordinierten Marktwirtschaften mit einer katholischen oder katholisch/lutherisch-reformierten politischen Kultur, welche sich durch eine ausgesprochene Religiosität (angebots- oder nachfrageseitig) oder starke christ- und sozialdemokratische Parteien auszeichnen.

¹⁸ Wir folgen damit den Vorgaben von Ragin (2007b: Fussnote 8).

¹⁹ KOOR×KONF×regu: Rohabdeckung: 0.419; Alleinige Abdeckung: 0.043
KOOR×KONF×RELIG: Rohabdeckung: 0.406; Alleinige Abdeckung: 0.034
KOOR×KONF×RELPAR×LINPAR: Rohabdeckung: 0.499; Alleinige Abdeckung: 0.181

Abbildung 1: Notwendige Bedingungen für das Outcome ASG

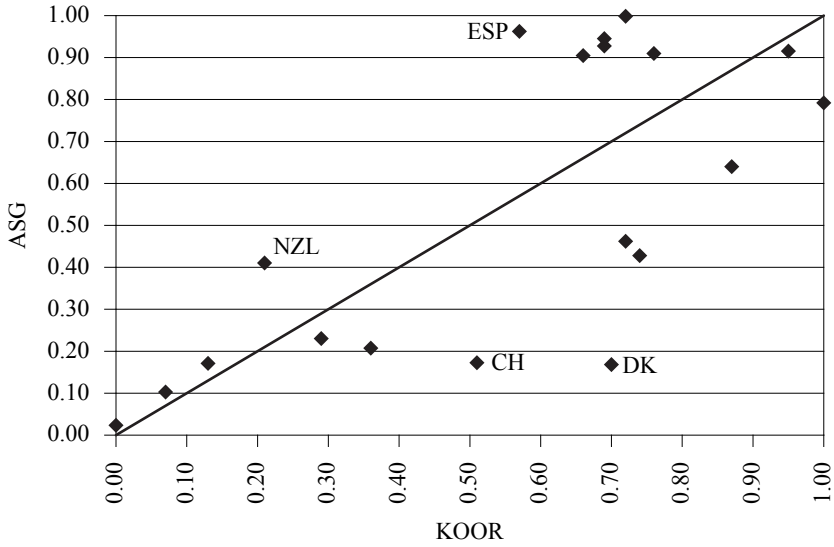
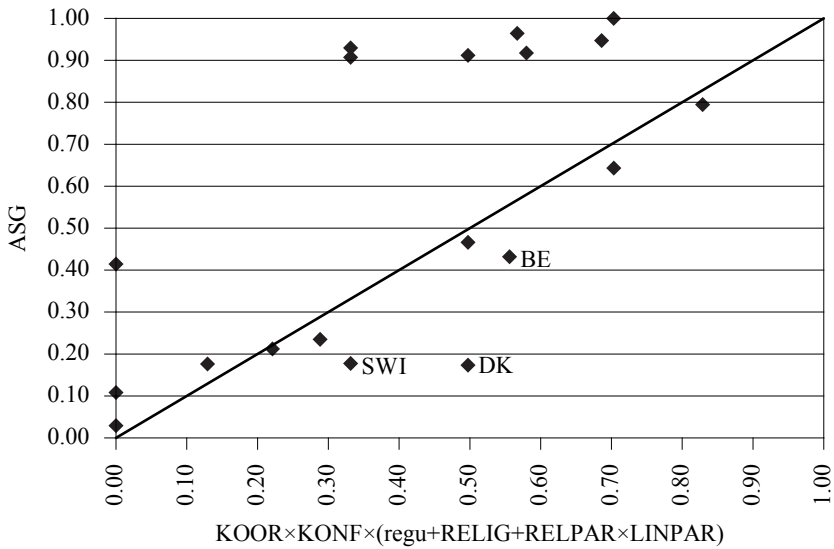


Abbildung 2: Hinreichende Bedingungen für das Outcome ASG



Bei der Visualisierung von hinreichenden Bedingungen sollten sich alle Punkte links von der Diagonalen befinden. Eine kleine Fehlermarge ist aber aufgrund von Messproblemen zu erwarten. Abbildung 2 gibt den Zusammenhang für obige Gleichung wieder. Die abgeleitete Lösung erweist sich insgesamt als sehr erklärungskräftig. Die Fälle Dänemark, Belgien und Schweiz können jedoch nur ungenügend erklärt werden. Alle anderen Fälle liegen entweder oberhalb oder sehr nahe an der Diagonalen. Insbesondere der Fall der Schweiz ist überraschend. Bei ihr handelt es sich um eine koordinierte Marktwirtschaft mit einer starken und politisch aktiven katholischen Minderheit. Von 1959 bis 2003 stellten die Sozialdemokratie und die Christdemokratie zusammen vier von sieben Bundesräten (Linder 1999: 221). Die Schweiz ist damit ein für die Theorie Esping-Andersens sowie deren Erweiterungen kritischer Fall. Wir werden deshalb im Anschluss an die Präsentation der empirischen Ergebnisse etwas länger auf diesen Fall eingehen. Vorher wenden wir uns aber noch den hinreichenden Bedingungen für das Outcome asg zu.

Hinreichende Bedingungen für das Outcome asg

Bei der Analyse der hinreichenden Bedingungen für das Outcome asg (geringer Arbeitnehmerschutz) zeigt sich, dass das vorliegende Argument Mühe bekundet, einige der vorliegenden Fälle zu erklären. Wir wählen eine Konsistenz von 0.80 als Schwellenwert für das Vorhandensein des Outcomes asg (für die Wahrheitstafel siehe Tabelle A.10 im Anhang). Nach einigen Minimierungen erhalten wir folgende Gleichung:

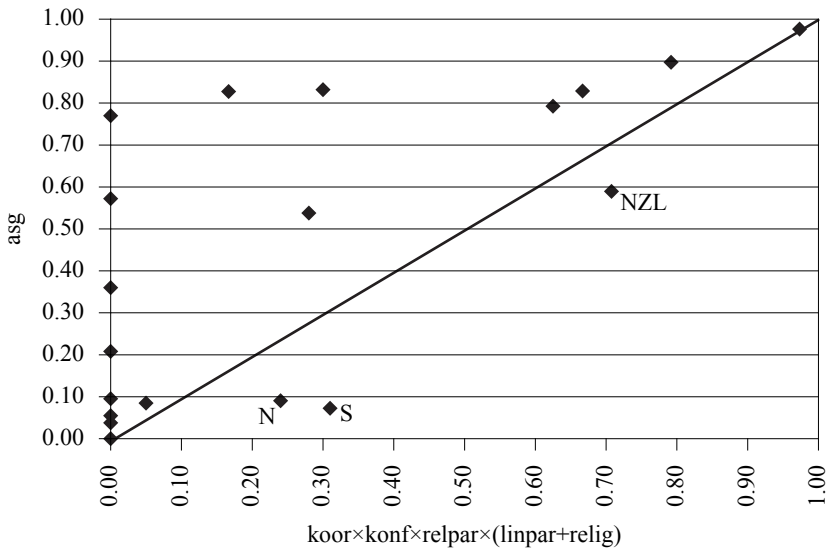
$$\text{koor} \times \text{konf} \times \text{relpar} \times (\text{linpar} + \text{relig}) \rightarrow \text{asg}^{20}$$

Konsistenz: 0.900
Abdeckung: 0.534

Die resultierende Bedingung ordnet die meisten Fälle zwar den korrekten Gruppen zu (hohe Konsistenz), verfügt aber insgesamt über eine geringe Erklärungskraft, was im tiefen Abdeckungswert zum Ausdruck kommt. Insbesondere vermögen die vorliegenden Bedingungen die Variationen innerhalb der Gruppe der liberalen Marktwirtschaften nicht zu erklären. Dies könnte nicht zuletzt an der mangelnden Variation der erklärenden Bedingungen bei diesen sechs Ländern liegen. Alle sechs Staaten weisen

²⁰ $\text{koor} \times \text{konf} \times \text{relpar} \times \text{linpar}$: Rohabdeckung: 0.375; Alleinige Abdeckung: 0.155
 $\text{koor} \times \text{konf} \times \text{relpar} \times \text{relig}$: Rohabdeckung: 0.379; Alleinige Abdeckung: 0.159

Abbildung 3: Hinreichende Bedingungen für das Outcome asg



eine geringe Arbeitsmarktregulierung auf, haben keine relevanten religiösen Parteien, sind bis auf Irland reformiert-protestantisch und haben eine deregulierte Staat-Kirche-Beziehung (Ausnahme Grossbritannien). Unterschiede lassen sich vor allem bezüglich Religiosität und der Stärke der linken Parteien beobachten.

Wir erwarten jedoch, dass Religiosität nur im Zusammenspiel mit der "richtigen" Konfession, Katholizismus, einen positiven Effekt auf die Höhe der Arbeitnehmerschutzgesetzgebung hat. Unter den liberalen Marktwirtschaften ist lediglich Irland katholisch. In der Tat zeigt sich, dass Irland nach Neuseeland in der Gruppe der englischsprachigen Länder die ausgeprägteste Arbeitnehmerschutzgesetzgebung hat. Dabei dürfte die Arbeitsmarktregulierung in Neuseeland von unserem Indikator in der Tendenz überschätzt werden. Neuseeland zeichnet sich im Vergleich der westlichen Demokratien durch eine äusserst liberale Regulierung von Massenentlassungen aus (OECD 2004). Dies wird aber von unserem Indikator nicht berücksichtigt.

Ebenfalls lässt sich bezüglich der Stärke der linken Parteien eine grosse Variation innerhalb der Gruppe der liberalen Marktwirtschaften beobachten. Aber auch hier ist ein Effekt in erster Linie im Zusammenspiel mit der

Konfession zu erwarten (Esping-Andersen 1996: 75). Da Irlands Sozialdemokratie relativ schwach ist, kann hier kein Effekt erwartet werden.²¹

Schliesslich hat die resultierende Bedingung auch Probleme, die beiden skandinavischen Fälle Norwegen und Schweden zu erklären. Auf diese beiden Fälle sowie Belgien, Dänemark und die Schweiz gehen wir im nächsten Abschnitt ein.

Diskussion der kritischen Fälle

Die grosse Stärke von fs/QCA ist der Fokus auf die einzelnen Fälle. Berg-Schlosser und Quenter (1996: 104) argumentieren, dass jeder berücksichtigte Fall "für die Analyse zunächst prinzipiell denselben Stellenwert" hat. Was in einer statistischen Analyse im Errorterm verschwindet, wird hier besonders betont und ausführlich diskutiert.²²

Die empirische Analyse hat gezeigt, dass die Theorie von Esping-Andersen mit den im theoretischen Teil diskutierten Erweiterungen Mühe bekundet, die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung (ASG) in den skandinavischen Ländern, Belgien, der Schweiz zu erklären. Diese Länder verbindet einiges. Bei allen Staaten handelt es sich um kleine, offene, koordinierte Marktwirtschaften, welche, zusammen mit Österreich und der Niederlande, auch im Zentrum der bekannten Arbeiten von Peter J. Katzenstein (1985) stehen.

Katzenstein argumentiert, dass kleine, offene Länder aussenwirtschaftlich verwundbarer sind als grosse Länder. Dies zwingt sie, sich flexibel an internationale ökonomische Entwicklungen anzupassen. Damit auf weltwirtschaftliche Entwicklungen reagiert werden kann, ist innenpolitisch die Sozialpartnerschaft eine zentrale Voraussetzung. Die Sozialpartnerschaft beinhaltet dabei neben einer Koordination der Aktivitäten zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften auch innenpolitische Kompensationen für die Verlierer der Weltmarktöffnung. Im Kern dieser These steht also das kooperative Zusammenspiel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

²¹ Bei Irland sollte zusätzlich angefügt werden, dass die britische Regentschaft Irlands bis 1921, beispielsweise im Gegensatz zu Finnland unter Russland, wenig Raum zur Entfaltung einer eigenen politischen (katholischen) Kultur gab (Crouch 1986: 187).

²² Die Rolle der kritischen Fälle wird auch bei qualitativen Methoden betont. Rogowski argumentiert, dass bei Fallstudien diejenigen Fälle analysiert werden sollten, welche durch das theoretische Argument (vordergründig) nicht erklärt werden können (Rogowski 2004; siehe auch Becker 1998).

Dies steht in deutlichem Widerspruch zur These von Esping-Andersen, welche auf dem Machtressourcenansatz beruht und antagonistische Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer betont.

Wir argumentieren, dass durch die Brille der Katzenstein-These die kritischen Fälle erklärt werden können. In jedem dieser Länder nimmt die kooperative Antwort auf wirtschaftliche Probleme eine andere Form an.²³ So zeigen Estevez-Abe et al. (2001: 166f.), dass die Arbeitsmarktteilnehmer in Belgien, Dänemark und der Schweiz durch eine sehr grosszügige Arbeitslosenversicherung für den flexiblen Arbeitsmarkt kompensiert werden (siehe auch Boeri et al. 2003; Bertola et al. 1999: 65). Swenson (2002: 7, 274ff.) argumentiert für den Fall Schweden, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik von den Arbeitgebern befürwortet wird. Sie dient in erster Linie als Instrument zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels, kann aber auch als Gegenwicht zur Arbeitsmarktregulierung verstanden werden. In Dänemark sind auch die Arbeitsmarktreformen von 1994 und 1996 entscheidend, mit deren Hilfe das Arbeitslosigkeitsproblem bekämpft werden sollte (Green-Pedersen und Lindbom 2005; Björklund 2000; Schwartz 2001). Verwendet man für Dänemark den Indikatorenwert vor den Reformen, fügt sich das Land gut in das theoretische Modell ein. All diese Fälle bedürfen der kritischen Durchleuchtung. Hierfür reicht der gebotene Rahmen jedoch nicht aus. Wir beschränken uns deshalb aus nahe liegenden Gründen auf eine kurze, aber hoffentlich ausreichende Diskussion der Schweiz.

Die Schweiz zeichnet sich einerseits durch einen vergleichsweise flexiblen Arbeitsmarkt aus, andererseits ist die Schweiz im Bereich der Arbeitsmarktregulierung dank dem Fabrikgesetz von 1877 eine arbeitsrechtliche Pionierin (Obinger 2007: 195). Während Erklärungen für die verspätete Einführung sozialpolitischer Massnahmen in der Schweiz meist auf die direkte Demokratie und den Föderalismus verweisen (Obinger 1998), erweist sich die Erklärung der Entwicklung der Arbeitsmarktregulierung als komplizierter. So erhielt der Bund im Rahmen der Verfassungsrevision bereits 1874 das Recht, das Vertragswesen privatrechtlich zu regulieren, was schliesslich 1881 zum ersten Obligationenrecht geführt hat. Noch heute ist der Kündigungsschutz im Obligationenrecht geregelt.

²³ Die Analyse von Peter Swenson (2002) zeigt eindrücklich, wie Schweden und die USA wirtschaftlich vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen stehen und teils kooperativ, teils konfliktiv auf diese Probleme reagiert haben. Der zentrale Punkt ist dabei, dass die Präferenzen der einzelnen Akteure auch durch die Herausforderungen beeinflusst werden. Er lehnt infolgedessen die Gleichsetzung der Interessen und Ziele von Akteuren über die Landesgrenzen hinweg ab.

Entsprechende Paragraphen wurden aber erst in den Revisionen von 1911, 1971 und 1988 eingeführt. Diese sind aber im internationalen Vergleich als wenig restriktiv zu bezeichnen (Berenstein und Mahon 2001: 128). Mit einer schwarz-roten Mehrheit im Bundesrat von 1959 bis 2003 wäre eine weitergehende Regulierung des Arbeitsmarktes durchaus möglich gewesen.

Es muss in diesem Zusammenhang aber betont werden, dass die durch die direkte Demokratie und den Föderalismus verursachten Kompromisszwänge auch die Entwicklung des Arbeitsrechts wesentlich beeinflussten. Dies wurde bereits von Neidhart (1970: 96f.) erkannt: “Als beispielhaft für die Langsamkeit und für die plebiszitären Kompromißzwänge solcher Gesetzgebungsprozesse kann die Geschichte des *eidgenössischen Arbeitsgesetzes* gelten. Es zeigt, wie im langsamen und kompromißreichen Gang plebiszitärer Entscheidungsfindung oftmals lediglich Minimalreformen entstanden sind, die schon wenige Jahre nach ihrer Inkraftsetzung einer erneuten Revision bedurften und damit in Permanenz auf der Tagesordnung des Bundesgesetzgebers figurierten.” Beim Arbeitsgesetz von 1964 handelt es sich jedoch um eine öffentlich-rechtliche Vorlage, für deren Ausarbeitung der Bund die Kompetenzen erst im Jahr 1908 erhielt. Aber auch bei den Revisionen des Obligationenrechts spielten die institutionellen Kompromisszwänge eine wichtige Rolle (Hohler 1981: 22f.).

Ich argumentiere, dass *ein Teil* der geringen Regulierungsdichte in der Schweiz auch durch den kleineren Problemdruck erklärt werden kann. Während in den Jahren der ersten Ölpreiskrise in vielen Ländern die Kündigungsvorschriften verschärft wurden, gab es auch in der Schweiz Stimmen, welche ähnliche Schritte verlangten (Rüegg 1981: 46ff.). Doch Regulierung ist kein Selbstzweck. Vielmehr dient sie einer Funktion, und diese wurde in der Schweiz von anderen wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionen übernommen. Resultat dieser Interventionen war eine ausserordentliche Arbeitsmarktperformanz: “Full employment policy and the male wage-earner family have been the load-bearing pillars for the Swiss way of welfare: Between 1960 and 1995, the average male labour market participation (as a percentage of men aged 15–64) was 99 percent” (Obinger 1999: 32).

Das Wirtschaftsmodell Schweiz wurde von Katzenstein (1985), Bonoli und Mach (2000) sowie Armingeon und Emmenegger (2007) untersucht. Im Zentrum ihrer Argumentation stehen Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Export- und Binnenindustrie sowie ein Staat, welcher die beiden Kompromisse durch gezielte Massnahmen zu unter-

stützen versucht. Der Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit besteht im Austausch zwischen sozialem Frieden und hohen Löhnen mit grosszügigen betrieblichen Sozialleistungen, während der Kompromiss zwischen der Binnenmarkt-orientierten und der Exportindustrie im Austausch von ökonomischer Offenheit des Landes und protektionistischen Regelungen zugunsten des Binnenmarktes besteht (Bonoli und Mach 2000: 132). Dieses Modell war in der Nachkriegszeit lange sehr erfolgreich. So ist für die Schweiz erst seit Anfang der 1990er Jahre Arbeitslosigkeit ein Massenphänomen.

Dieses wirtschaftspolitische Arrangement wurde durch gezielte staatliche Massnahmen gestärkt. Am Beispiel von fünf Politikbereichen versuchen Armingeon und Emmenegger (2007) diese These zu unterlegen.²⁴ Für die vorliegende Fragestellung von besonderem Interesse sind die beschäftigungspolitischen Massnahmen. In der Schweiz herrschte im Anschluss an den 2. Weltkrieg Arbeitskräftemangel. Während die erste Ölpreiskrise 1973 in den meisten Staaten der westlichen Hemisphäre Massenarbeitslosigkeit auslöste, blieb die schweizerische Arbeitslosenquote tief. Dies wurde mit Hilfe der Steuerung des Arbeitskräfteangebots im Rahmen der Fremdarbeiterpolitik erreicht (Schmidt 1985: 52ff.). Abgänge von Fremdarbeitern wurden nicht kompensiert, Jahresaufenthaltsbewilligungen wurden nicht mehr verlängert. Die Fremdarbeiter dienten damit als Konjunkturpuffer. Der prioritäre Schutz galt den schweizerischen Arbeitnehmern.

Einen zweiten Konjunkturpuffer bildeten die weiblichen Erwerbstätigen. Im Zuge der Rezession im Anschluss an die erste Ölpreiskrise verringerte sich die Frauenerwerbsquote in der Schweiz von 54.1% auf 50.8%. Diese Frauen meldeten sich jedoch nicht arbeitslos, sondern kehrten in der Regel zur Heimarbeit zurück. Bei der Schweiz liegt folglich ein selektiver Korporatismus vor: "Foreign and female workers bore the brunt of the recession's entire array of economic and social repercussions, whereas the core labor force (Swiss male workers) remained largely unaffected" (Bonoli und Mach 2000: 139).

Diese kurze Diskussion der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik zeigt eindrücklich, dass der Fall Schweiz durchaus der Logik des Arguments von Esping-Andersen entspricht, der gemäss seiner These zu erwartende prioritäre Schutz des männlichen Familienernährers in der Schweiz aber über

²⁴ Es handelt sich um die Politikbereiche Agrarpolitik, Konjunktur- und Preispolitik, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, Wachstums- und Wettbewerbspolitik sowie die Sozial- und Fiskalpolitik.

andere Politikmassnahmen erreicht wurde. Durch die konkrete Steuerung des Arbeitskräfteangebots konnte gewährleistet werden, dass männliche Schweizer jederzeit eine Beschäftigung fanden. Ein ausgebauter Kündigungsschutz war folglich nicht zentral. Frauen wurden sozialpolitisch via deren arbeitende Ehemänner erreicht. Das schweizerische System hatte damit analoge Verteilungseffekte zwischen den Geschlechtern zur Folge.

Konklusion

Gemäss Max Weber ist “der moderne Mensch im ganzen selbst beim besten Willen nicht imstande [...], sich die Bedeutung, welche religiöse Bewusstseinsinhalte auf die Lebensführung, die Kultur und die Volkscharaktere gehabt haben, so gross vorzustellen, wie sie tatsächlich gewesen ist” (Weber 1988 [1920]: 205). Als Antwort auf diesen Aufruf Max Webers wurde in diesem Artikel die Beziehung zwischen Religion und Arbeitnehmerschutzgesetzgebung (ASG) mit Hilfe von fs/QCA einem empirischen Test zugeführt. Als Ausgangsthese diente dabei der von Esping-Andersen behauptete positive Effekt der katholischen politischen Kultur auf die ASG. Gemäss Esping-Andersen betont der Katholizismus in besonderem Masse die Rolle der Familie sowie traditionellen Rollenverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Mit diesen Vorstellungen im Hinterkopf haben sich sodann progressive Kräfte in katholischen Ländern hauptsächlich für den Ausbau der ASG eingesetzt, welches als sozialpolitisches Äquivalent zum universalen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zu verstehen ist. Eine negative Konsequenz dieser Sozialpolitik ist aber die Zementierung der traditionellen Geschlechterrollen.

Wir haben in diesem Beitrag argumentiert, dass die These von Esping-Andersen der Erweiterungen bedarf. Einerseits muss die Stärke der christ- und sozialdemokratischen Bewegungen berücksichtigt werden, andererseits sind Konfessionseffekte nur in religiösen Gesellschaften zu erwarten. Schliesslich ist auch die besonders staatskritische Haltung der reformiert-protestantischen Konfession einzubeziehen.

Da diverse Interaktionseffekte zu erwarten sind, bietet sich die Methode fs/QCA als Analyseinstrument an. fs/QCA ist jedoch sehr anfällig für Verzerrungen durch ausgelassene Bedingungen. Deshalb wurden in dieser Arbeit auch die beiden wichtigsten alternativen Theorien in die Untersuchung miteinbezogen: Die Insider/Outsider-Theorie sowie das Zusammenspiel von Arbeitsmarktregimen und Bildungsinvestitionen. Erstere

proklamiert einen positiven Effekt der Stärke linker Parteien auf die ASG, letztere erwartet einen höheren Grad an ASG in Ländern mit ausgeprägter Koordination zwischen den Firmen.

Die empirische Analyse zeigt, dass die These von Esping-Andersen zwar über einige Erklärungskraft verfügt, die diskutierten Erweiterungen um politische Akteure und Religiosität aber notwendig sind. Bei den alternativen Erklärungsmodellen findet vor allem die These von unterschiedlichen Arbeitsmarktregimen, operationalisiert mit Hilfe eines Indikators für die Koordination zwischen Firmen, Unterstützung. Dies deutet darauf hin, dass eine Deregulierung des Arbeitsmarktes die Folgen für das Funktionieren eines Produktionsregimes berücksichtigen muss. Dies kommt auch in der inversen Beziehung zwischen ASG und Generosität der Arbeitslosenversicherung in koordinierten Marktwirtschaften zum Ausdruck (Estevez-Abe et al. 2001).

Das verwendete Modell bekundet jedoch einige Mühe mit den kleinen, offenen Volkswirtschaften Europas. Dies ist nicht verwunderlich, liegt der Fokus der meisten sozialwissenschaftlichen Arbeiten auf den grossen Ländern. So spricht auch Esping-Andersen (1996) meist von Deutschland, Frankreich und Italien, kleine Länder wie die Schweiz oder Dänemark finden demgegenüber weniger Erwähnung. Dies scheint uns ein Fehler zu sein, besteht doch Grund zur Annahme, dass kleine Staaten anderen Herausforderungen gegenüberstehen als grosse Staaten (Katzenstein 1985). Kleine Staaten sind in der Regel aussenwirtschaftlich, aber auch geopolitisch (Campbell und Hall 2006), verwundbarer. Dies zwingt die zentralen politischen Akteure zur Zusammenarbeit, damit auf die Herausforderungen adäquat reagiert werden kann. Die Entwicklung dieser Zusammenarbeit in kleinen Staaten erweist sich dabei als äusserst kontextspezifisch (nationale Wirtschaftsstruktur, wichtige (grosse) Handelspartner, geostrategische Bedeutung etc.). Ihnen gemeinsam ist gemäss Kaspersen (2006: 130) einzig "the logic of survival".

Mit Hilfe einer kurzen Fallstudie zur Schweiz haben wir versucht, diese kontextspezifische Entwicklung darzulegen. Dabei hat sich gezeigt, dass die familialistische Logik des Arguments von Esping-Andersen auch für die Schweiz eine gewisse Erklärungskraft besitzt, die Funktion der Arbeitnehmerschutzgesetzgebung aber durch andere arbeitsmarktpolitische Massnahmen übernommen wurde. In der Schweiz führten diese Interventionen sogar zu analogen Verteilungseffekten zwischen den Geschlechtern.

Literatur

- Addison, J. und P. Teixeira (2003). The Economics of Employment Protection. *Journal of Labor Research* 24 (1): 85–129.
- Armingeon, K. und P. Emmenegger (2007). Wirtschaftspolitik in der Schweiz: Die Erosion eines Modells. In Nollert, M. und H. Scholtz (Hrsg.), *Wirtschaft Schweiz – Ein Sonderfall?*. Zürich: Seismo (189–227).
- Armingeon, K., Leimgruber, P., Beyeler, M. und S. Menegale (2006). *Comparative Political Data Set*. Institute of Political Science. University of Berne.
- Auffermann, B. (2003). Das politische System Finnlands. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (187–223).
- Bahle, T. (2002). Staat, Kirche und Familienpolitik in westeuropäischen Ländern. Ein historisch-soziologischer Vergleich. In Minkenberg, M. und U. Willems (Hrsg.), *Politik und Religion*. Opladen: Westdeutscher Verlag (391–411).
- Barrett, D., Kurian, G. und T. Johnson (2001). *World Christian Encyclopedia: A Comparative Survey of Churches and Religions in the Modern World. Vol. 1. The World by Countries: Religionists, Churches, Ministries*. New York: Oxford University Press.
- Barrios, H. (2003). Das politische System Spaniens. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (609–49).
- Becker, H. (1998). *Tricks of the Trade: How to Think About Your Research While You're Doing It*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Berenstein, A. und P. Mahon (2001). Switzerland. In Blanpain, R. (Hrsg.), *International Encyclopaedia for Labour Law and Industrial Relations*. Deventer: Kluwer.
- Berg-Schlosser, D. und S. Quenter (1996). Makro-quantitative vs. makro-qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Vorzüge und Mängel komparativer Verfahrensweisen am Beispiel der Sozialstaatstheorie. *Politische Vierteljahresschrift* 37 (1): 100–18.
- Bertola, G. (1990). Job Security, Employment and Wages. *European Economic Review* 34 (4): 851–86.
- Bertola, G., Boeri, T. und S. Cazes (1999). Employment Protection and Labour Market Adjustment in OECD Countries: Evolving Institutions

- and Variable Enforcement. *ILO Employment and Training Papers* 1999 (48).
- Bertola, G. und A. Ichino (1995). Crossing the River: A Comparative Perspective on Italian Employment Dynamics. *Economic Policy* 10(20): 359–420.
- Björklund, A. (2000). Going Different Ways: Labour Market Policy in Denmark and Sweden. In Esping-Andersen, G. und M. Regini (Hrsg.), *Why Deregulate Labour Markets?* Oxford: Oxford University Press (148–80).
- Boeri, T., Conde-Ruiz, I. und V. Galasso (2003). *Protection Against Labour Market Risk: Employment Protection or Unemployment Benefits?* CEPR Discussion Paper No. 3990. Online: <http://ssrn.com/abstract=443067> [accessed on 31 January 2008].
- Bonoli, G. (2000). Public Attitudes to Social Protection and Political Economy Traditions in Western Europe. *European Societies* 2(4): 431–52.
- (2003). Social Policy Through Labor Markets: Understanding National Differences in the Provision of Economic Security to Wage Earners. *Comparative Political Studies* 36(9): 1007–30.
- Bonoli, G. und A. Mach (2000). Switzerland: Adjustment Politics within Institutional Constraints. In Scharpf, F. und V. Schmidt (Hrsg.), *Welfare and Work in the Open Economy: Vol. II. Diverse Responses to Common Challenges*. Oxford: Oxford University Press (131–74).
- Botero, J., Djankov, S., La Porta, R., Lopez-de-Silanes, F. und A. Shleifer (2004). The Regulation of Labor. *Quarterly Journal of Economics* 119(4): 1139–382.
- Bover, O., García-Perea, P. und P. Portugal (2000). Iberian Labour Markets: Why Spain and Portugal are OECD Outliers. *Economic Policy* 15(31): 379–428.
- Büchtemann, C. (1993). Introduction: Employment Security and Labor Markets. In Büchtemann, C. (Hrsg.), *Employment Security and Labor Market Behavior. Interdisciplinary Approaches and International Evidence*. Ithaca: ILR Press (3–66).
- Budge, I., Klingemann, H.-D., Volkens, A., Bara, J. und E. Tanenbaum (2002). *Mapping Policy Preferences: Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Campbell, J. und J. Hall (2006). Introduction: The State of Denmark. In Campbell, J., Hall, J. und O. Pedersen (Hrsg.), *National Identity and*

- the Varieties of Capitalism. The Danish Experience*. Montreal: McGill-Queen's University Press (3–49).
- Castles, F. (1994). On Religion and Public Policy: Does Catholicism Make A Difference? *European Journal of Political Research* 25(1): 19–40.
- Chaves, M. und D. Cann (1992). Regulation, Pluralism, and Religious Market Structure. *Rationality and Society* 4(3): 272–90.
- Crouch, C. (1986). Sharing Public Space: States and Organized Interests in Western Europe. In Hall, J. (Hrsg.), *States in History*. Oxford: Basil Blackwell (177–210).
- Crouch, C., Finegold, D. und M. Sako (1999). *Are Skills the Answer? The Political Economy of Skill Creation in Advanced Industrial Countries*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, R. (1996). *Citizen Politics in Western Democracies* (2. Aufl.). Chatham: Chatham House.
- (2002). *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies* (3. Aufl.). Chatham: Chatham House.
- (2006). *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies* (4. Aufl.). Washington: CQ Press.
- Elvert, J. (2003). Das politische System Irlands. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (263–300).
- Emerson, M. (1988). Regulation or Deregulation of the Labour Market: Policy Regimes for the Recruitment and Dismissal of Employees in the Industrialised Countries. *European Economic Review* 32(4): 775–817.
- Emmenegger, P. (2007a). *Barriers to Entry: Insider/Outsider Politics and the Political Determinants of Job Security Regulation*. Papier presentier auf der Annual RECOWE Conference, 12.–16. Juni 2007, Warschau, Polen.
- (2007b). *Catholicism, Job Security Regulations and Female Employment: A Micro-Level Analysis of Esping-Andersen's Familialism Thesis*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Esping-Andersen, G. (1996). Welfare States without Work: The Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy. In Esping-Andersen (Hrsg.), *Welfare States in Transition: National Adaptations in Global Economies*. London: Sage (66–87).

- (1999). *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, G. und W. Korpi (1984). Social Policy as Class Politics in Post-War Capitalism: Scandinavia, Austria, and Germany. In Goldthorpe, J. (Hrsg.), *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*. Oxford: Oxford University Press (179–208).
- Estevez-Abe, M. (2005). Gender Bias in Skills and Social Policies: The Varieties of Capitalism Perspective on Sex Segregation. *Social Politics* 12(2): 180–215.
- Estevez-Abe, M., Iversen, T. und D. Soskice (2001). Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State. In Hall, P. und D. Soskice (Hrsg.), *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press (145–183).
- Ferrera, M. (1996). The “Southern Model” of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy* 6(1): 17–37.
- Finnish Labour Market Institute for Economic Research und ECOTEC Research and Consulting Ltd (1997). *Labour Market Studies: Finland*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Geissbühler, S. (1999). Are Catholics Still Different? Catholicism, Political Attitudes and Party Attachments in Switzerland, 1970–95. *West European Politics* 22(3): 223–40.
- Goldthorpe, J. (2000). *On Sociology. Numbers, Narratives, and the Integration of Research and Theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Greeley, A. (1989). Protestant and Catholic: Is the Analogical Imagination Extinct? *American Sociological Review* 54 (4): 485–502.
- Green-Pedersen, C. und Anders L. (2005). Employment and Unemployment in Denmark and Sweden: Success or Failure for the Universal Welfare State. In Becker, U. und M. Schwartz (Hrsg.), *Employment “Miracles”: A Critical Comparison of the Dutch, Scandinavian, Swiss, Australian and Irish Cases versus Germany and the US*. Amsterdam: Amsterdam University Press (65–85).
- Gross, H. und W. Rothholz (2003). Das politische System Norwegens. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (131–66).
- Hall, P. und D. Gingerich (2004a). Spielarten des Kapitalismus und institutionelle Komplementaritäten in der Makroökonomie: Eine empirische Analyse. *Berliner Journal für Soziologie* 15(1): 5–32.

- (2004b). *Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Macroeconomy*. MPIfG Diskussionspapier No. 04/5.
- Hall, P. und D. Soskice (2001). An Introduction to Varieties of Capitalism. In Hall, P. und D. Soskice (Hrsg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press (1–68).
- Hamberg, E. und T. Pettersson (1994). The Religious Market: Denominational Competition and Religious Participation in Contemporary Sweden. *Journal for the Scientific Study of Religion* 33(3): 205–16.
- Hartmann, J. (1978). Niederlande. In Raschke, J. (Hrsg.), *Die politischen Parteien in Westeuropa: Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt (373–96).
- Heidenheimer, A. (1983). Secularization Patterns and the Westward Spread of the Welfare State, 1883–1983: Two Dialogues About How and Why Britain, the Netherlands, and the United States Have Differed. *Comparative Social Research* 6: 3–38.
- Herzog, W. (1978a). Portugal. In Raschke, J. (Hrsg.), *Die politischen Parteien in Westeuropa: Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt (433–51).
- (1978b). Spanien. In Raschke, J. (Hrsg.), *Die politischen Parteien in Westeuropa: Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt (496–514).
- Hohler, C. (1981). *Kündigungsschutz durch Gesamtarbeitsvertrag*. Dissertation, Universität Zürich.
- Huber, E., Ragin, C. und J. Stephens (1993). Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State. *American Journal of Sociology* 99(3): 711–49.
- Iannaccone, L. (1991). The Consequences of Religious Market Structure. *Rationality and Society* 3(2): 156–77.
- Ismayr, W. (2003). Das politische System Deutschlands. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Das politische System Deutschlands*. Opladen: Leske + Budrich (445–86).
- Iversen, T. und D. (2001). An Asset Theory of Social Policy Preferences. *American Political Science Review* 95(4): 875–93.
- Jacobs, F. (1989). Ireland. In Jacobs, F. (Hrsg.), *Western European Political Parties: A Comprehensive Guide*. Essex: Longman (141–67).
- Jahn, D. (2003). Das politische System Schwedens. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (93–130).

- Kahl, S. (2005). The Religious Roots of Modern Poverty Policy: Catholic, Lutheran, and Reformed Protestant Traditions Compared. *Archives européennes de Sociologie* 46(1): 91–126.
- (2007). Religion as a Cultural Force: Social Doctrines and Poor Relief Traditions. In Kersbergen, K. van und P. Manow (Hrsg.), *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press (267–95).
- Kaspersen, L. (2006). The Formation and Development of the Welfare State. In Campbell, J., Hall, A. und O. Pedersen (Hrsg.), *National Identity and the Varieties of Capitalism: The Danish Experience*. Kingston: McGill-Queen's University Press (99–132).
- Katzenstein, P. (1985). *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*. London: Cornell University Press.
- Kaufmann, F.-X. (1988). Christentum und Wohlfahrtsstaat. *Zeitschrift für Sozialreform* 34(2): 65–89.
- Kempf, U. (2003). Das politische System Frankreichs. In Ismyar, W. (Hrsg.), *Das politische System Frankreichs*. Opladen: Leske + Budrich (301–47).
- Kersbergen, K. van (1995). *Social Capitalism: A Study of Christian Democracy and the Welfare State*. London: Routledge.
- Kersbergen, K. van und P. Manow (Hrsg.) (2007). *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klir, G. und B. Yuan (1995). *Fuzzy Sets and Fuzzy Logic*. New York: Academic Press.
- Krueger, A. (1991). The Evolution of Unjust-Dismissal Legislation in the United States. *Industrial and Labor Relations Review* 44(4): 644–60.
- Kvist, J. (2006). Diversity, Ideal Types and Fuzzy Sets in Comparative Welfare State Research. In Rihoux, B. und H. Grimm (Hrsg.), *Innovative Comparative Methods For Policy Analysis: Beyond the Quantitative-Qualitative Divide*. Berlin: Springer (167–84).
- Lane, C. (1989). *Management and Labour in Europe: The Industrial Enterprise in Germany, Britain and France*. Aldershot: Edward Elgar.
- Lane, J.-E., McKay, D. und K. Newton (1997). *Political Data Handbook OECD Countries*. Oxford: Oxford University Press.
- Lepszy, N. (2003). Das politische System der Niederlande. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (349–87).

- Levine, D. (1991). Just-Cause Employment Policies in the Presence of Worker Adverse Selection. *Journal of Labor Economics* 9(3): 294–305.
- Levine, D. und L. D’Andrea Tyson (1990). Participation, Productivity, and the Firm’s Environment. In Blinder, A. (Hrsg.), *Paying for Productivity: A Look at the Evidence*. Washington: The Brookings Institution (183–243).
- Lieberson, S. (1994). More on the Uneasy Case for Using Mill-Type Methods in Small-N Comparative Studies. *Social Forces* 72(4): 1225–37.
- Lindbeck, A., und D. Snower (1988). *The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Linder, W. (1999). *Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- (2003). Das politische System der Schweiz. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (487–520).
- Mackie, T. und R. Rose (1974). *The International Almanac of Electoral History*. Basingstoke: Palgrave.
- Madeley, J. (1983). Religion and the Welfare State. *Comparative Social Research* 6: 43–49.
- (2003). European Liberal Democracy and the Principle of State Religious Neutrality. *West European Politics* 26(1): 1–22.
- Manow, P. (2002). The Good, the Bad, and the Ugly: Esping-Andersens Sozialstaats-Typologie und die konfessionellen Wurzeln des westlichen Wohlfahrtsstaats. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54(2): 203–25.
- Manow, P., und B. Palier (2007). A Conservative Welfare State Regime without Christian Democracy? The French Etat-providence, 1880–1960. In Kersbergen, K. van und P. Manow (Hrsg.), *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press (147–76).
- Mavrogordatos, G. (2000). *Church-State Relations in the Greek Orthodox Case*. Paper präsentiert auf dem Workshop “Church and the State in Europe”, ECPR Joint Sessions, 14.–19. April 2000, Kopenhagen, Dänemark.
- Mendelsohn, S. (1990). *Wrongful Termination Litigation in the United States and its Effect on the Employment Relationship*. OECD Labour Market and Social Policy Occasional Papers No. 3.

- Mendrinou, M. (1989). Greece. In Jacobs, F. (Hrsg.), *Western European Political Parties: A Comprehensive Guide*. Essex: Longman (1179–40).
- Merkel, W. und V. Stiehl (2003). Das politische System Portugals. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (651–86).
- Minkenbergh, M. (2002a). Religion and Public Policy: Institutional, Cultural, and Political Impact on the Shaping of Abortion Policies in Western Democracies. *Comparative Political Studies* 35(2): 221–47.
- (2002b). Staat und Kirche in westlichen Demokratien. In Minkenbergh, M. und U. Willems (Hrsg.), *Politik und Religion*. Opladen: Westdeutscher Verlag (115–38).
- Murphy, D. (1978). Irland. In Raschke, J. (Hrsg.), *Die politischen Parteien in Westeuropa: Geschichte – Programm – Praxis*. Ein Handbuch. Hamburg: Rowohlt (282–300).
- Nannestad, P. (2003). Das politische System Dänemarks. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (55–92).
- Neidhart, L. (1970). *Plebizit und pluralitäre Demokratie: Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*. Bern: Francke.
- Norris, P. und R. Inglehart (2004). *Sacred and Secular: Religion and Politics Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (2005). *Shared Global Indicators Cross-national Database (V2.0)*. Online: <http://ksghome.harvard.edu/~pnorris/Data/Data.htm> [abgerufen am 31. Januar 2008].
- Obinger, H. (1998). *Politische Institutionen und Sozialpolitik in der Schweiz*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- (1999). Minimum Income in Switzerland. *Journal of European Social Policy* 9(1): 29–47.
- (2007). Religion and the Consolidation of the Swiss Welfare State, 1848–1945. In Kersbergen, K. van und P. Manow (Hrsg.), *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press (177–210).
- OECD (2002). *Employment Outlook*. Paris: OECD.
- (2004). *Employment Outlook*. Paris: OECD.
- Pelinka, A. (2003). Das politische System Österreichs. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (521–52).

- Peters, G. (1998). *Comparative Politics: Theory and Methods*. Basingstoke: Palgrave.
- Ragin, C. (1994). A Qualitative Comparative Analysis of Pension Systems. In Janoski, T. und A. Hicks (Hrsg.), *The Comparative Political Economy of the Welfare State*. Cambridge: Cambridge University Press (320–45).
- (2000). *Fuzzy-Set Social Science*. Chicago and London: University of Chicago Press.
- (2006). Set Relations in Social Research: Evaluating Their Consistency and Coverage. *Political Analysis* 14(3): 291–310.
- (2007a). Calibration Versus Measurement. In Collier, D., Brady, H. und J. Box-Steffensmeier (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Methodology*. Oxford: Oxford University Press. Online: <http://www.u.arizona.edu/~cragin/fsQCA/software.shtml> [abgerufen am 31. Januar 2008].
- (2007b). Qualitative Comparative Analysis Using Fuzzy Sets (fsQCA). In Rihoux, B. und C. Ragin (Hrsg.), *Configurational Comparative Analysis*. London: Sage. Online: <http://www.u.arizona.edu/~cragin/fsQCA/software.shtml> [abgerufen am 31. Januar 2008].
- Ragin, C. und J. Sonnett (2005). Between Complexity and Parsimony: Limited Diversity, Counterfactual Cases, and Comparative Analysis. In Kropp, S. und M. Minkenberg (Hrsg.), *Vergleichen in der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (180–97).
- Ragin, C., Drass, K. und S. Davey (2006). *Fuzzy-Set/Qualitative Comparative Analysis 2.0*. Tucson: Department of Sociology, University of Arizona.
- Rihoux, B. (2003). Bridging the Gap between the Qualitative and Quantitative Worlds? A Retrospective and Prospective View on Qualitative Comparative Analysis. *Field Methods* 15(4): 351–65.
- Rogowski, R. (2004). How Inference in the Social (but Not the Physical) Sciences Neglects Theoretical Anomaly. In Brady, H. und D. Collier (Hrsg.), *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*. Landham: Rowman and Littlefield (75–83).
- Rueda, D. (2005). Insider-Outsider Politics in Industrialized Democracies: The Challenge to Social Democratic Parties. *American Political Science Review* 99(1): 61–74.
- Rüegg, F. (1981). *Kündigungsschutz der Arbeitnehmer in den Nachbarländern der Schweiz*. Zürich: ADAG.

- Saint-Paul, G. (1996). Exploring the Political Economy of Labour Market Institutions. *Economic Policy* 11(2): 263–315.
- (2002). The Political Economy of Employment Protection. *Journal of Political Economy* 110(3): 672–704.
- Schmidt, M. (1985). *Der schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Bilanz der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik*. Frankfurt: Campus.
- Schwartz, H. (2001). The Danish “Miracle”: Luck, Pluck, or Stuck? *Comparative Political Studies* 34(2): 131–55.
- Seawright, J. (2005). Qualitative Comparative Analysis vis-à-vis Regression. *Studies in Comparative International Development* 40(1): 3–26.
- Schneider, C. und C. Wagemann (2007). *Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets: Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Siegel, N. (2007). The Changing Contours of Product Market Regulation and Employment Protection Legislation in OECD Countries, 1980–2003. In Castles, F. (Hrsg.), *The Disappearing State?* Cheltenham: Edward Elgar (245–72).
- Smithson, M. (1987). *Fuzzy Set Analysis for Behavioral and Social Sciences*. New York: Springer Verlag.
- Sørensen, A. (1998). On Kings, Pietism and Rent-seeking in Scandinavian Welfare States. *Acta Sociologica* 41(4): 363–75.
- Stark, R. und L. Iannaccone (1994). A Supply-Side Reinterpretation of the Secularization of Europe. *Journal for the Scientific Study of Religion* 33(3): 230–52.
- Streeck, W. (1991). On the Institutional Conditions of Diversified Quality Production. In Matzner, E. und W. Streeck (Hrsg.), *Beyond Keynesianism: The Socio-Economics of Production and Full Employment*. Cheltenham: Edward Elgar (21–61).
- Swank, D. (2006). *Comparative Parties Data Set*. Online: <http://www.marquette.edu/polisci/SwankPART19502002.xls> [abgerufen am 31. Januar 2008].
- Swenson, P. (2002). *Capitalists Against Markets. The Making of Labor Markets and Welfare States in the United States and Sweden*. Oxford: Oxford University Press.
- Tanenbaum, E. (2002). Approaching the Data. In Budge, I., Klingemann, H.-D., Volkens, A., Bara, J. und E. Tanenbaum (Hrsg.), *Mapping*

- Policy Preferences: Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998*. Oxford: Oxford University Press (179–250).
- Therborn, G. (1994). Another Way of Taking Religion Seriously: Comment on Francis G. Castles. *European Journal of Political Research* 26(1): 103–10.
- Trautmann, G. und H. Ullrich (2003). Das politische System Italiens. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (553–607).
- Vartiainen, J. (1998). *The Labour Market in Finland: Institutions and Outcomes*. Prime Minister's Office Publications Series No. 2.
- Weber, M. (1988 [1920]). *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Wolf, C. (1996). Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft. *Politische Vierteljahresschrift* 37(4): 713–34.
- Woyke, W. (2003). Das politische System Belgiens. In Ismayr, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich (389–414).

Anhang

Tabelle A.1.: Neugewichtung des OECD-Indikators für ASG

	Level 2	Level 1	
Level 3	Level 2	Level 1	
Scale 0–6	Scale 0–6	Scale 0–6	
Regular contracts (alt 1/2) (neu 3/4)	Procedural inconveniences	(alt 1/3) (neu 1/4)	Notification procedures (1/2)
			Delay to start notice (1/2)
	Notice and severance pay for not-fault individual dismissals	(alt 1/3) (neu 1/4)	Notice periode after 9 months (1/7) 4 years (1/7) 20 years (1/7)
			Severance pay after 9 months (4/21) 4 years (4/21) 20 years (4/21)
Temporary contracts (alt 1/2) (neu 1/4)	Difficulty of dismissal	(alt 1/3) (neu 1/2)	Definition of unfair dismissal (1/4)
			Trial period (1/4)
			Compensation (1/4)
			Reinstatement (1/4)
Fixed term contracts (alt 1/2) (neu min)	Valid cases for use of fixed-term contracts	(alt 1/2)	(1/2)
	Maximum number of successive contracts	(neu min)	(1/4)
	Maximum cumulated duration		(1/4)
Temporary work agency employment	Types of work for which is legal	(alt 1/2) (neu min)	(1/2)
	Restrictions on the number of renewals		(1/4)
	Maximum cumulated duration		(1/4)

Tabelle A.1 (Fortsetzung)

Anmerkungen:

- (1) Anstelle der Gleichgewichtung der beiden Indikatoren für Zeitarbeit, wird das Minimum der beiden Indikatoren verwendet. Wir argumentieren, dass es für die Arbeitgeber keine Rolle spielt, welche der beiden Formen der Zeitarbeit verwendet wird. Die beiden Formen sind folglich Substitute (für vorläufige Evidenz für diese Behauptung siehe OECD 2002: 134).
- (2) Die Gewichtung der drei Faktoren des Indikators für permanent Angestellte wurde ebenfalls angepasst. Emerson (1988) und Bertola et al. (1999) zeigen, dass vor allem der Subindikator "difficulty of dismissal" die Arbeitsmarktbewegungen beeinflusst. Entsprechend wurde das Gewicht dieses Subindikators verdoppelt.
- (3) Eine Gleichgewichtung der Indikatoren für permanent Angestellte und Zeitarbeiter überschätzt den Anteil der Zeitarbeiter im Arbeitsmarkt massiv. In einzelnen Ländern ist Zeitarbeit ein marginales Phänomen. Entsprechend werden die beiden Indikatoren im Verhältnis 3:1 gewichtet. Diese Gewichtung basiert auf den Beiträgen der beiden Formen zur Beschäftigungsentwicklung (OECD 2002: 135)

Tabelle A.2: Fuzzy Set-Scores Arbeitnehmerschutzgesetzgebung

Land	ASG	ASG (fuzzy set)
Portugal	3.84	1.00
Spanien	2.83	0.96
Frankreich	2.70	0.95
Schweden	2.61	0.93
Deutschland	2.55	0.92
Norwegen	2.53	0.91
Niederlande	2.51	0.90
Österreich	2.22	0.79
Italien	1.98	0.64
Finnland	1.73	0.46
Belgien	1.67	0.43
Neuseeland	1.64	0.41
Irland	1.28	0.23
Australien	1.22	0.21
Schweiz	1.12	0.17
Kanada	1.12	0.17
Dänemark	1.11	0.17
Grossbritannien	0.86	0.10
USA	0.19	0.02

Quelle: OECD (2004) mit Anpassungen (siehe Tabelle A.1 im Anhang).

Tabelle A.3: Fuzzy Set-Scores Konfession

Land	Konfession	Konfession (fuzzy set)
Österreich	6	1.00
Belgien	6	1.00
Frankreich	6	1.00
Irland	6	1.00
Italien	6	1.00
Portugal	6	1.00
Spanien	6	1.00
Deutschland	4	0.67
Dänemark	3	0.50
Finnland	3	0.50
Norwegen	3	0.50
Schweden	3	0.50
Australien	2	0.33
Kanada	2	0.33
Niederlande	2	0.33
Schweiz	2	0.33
Neuseeland	0	0.00
Grossbritannien	0	0.00
USA	0	0.00

Quelle: Barret et al. (2001).

Tabelle A.4: Fuzzy Set-Scores Regulierung Staat-Kirche-Verhältnis

Land	Regulierung	Regulierung (fuzzy set)
Dänemark	7	1.00
Finnland	7	1.00
Norwegen	7	1.00
Schweden	7	1.00
Belgien	5	0.71
Deutschland	5	0.71
Grossbritannien	5	0.71
Österreich	4	0.57
Portugal	4	0.57
Schweiz	4	0.57
Italien	3	0.43
Spanien	3	0.43
Australien	2	0.29
Frankreich	2	0.29
Irland	2	0.29
Kanada	1	0.14
Niederlande	1	0.14
Neuseeland	1	0.14
USA	0	0.00

Quelle: Minkenberg (2002b: 123).

Tabelle A.5: Fuzzy Set-Scores Subjektive Religiosität

Land	Norris/ Inglehart I	Norris/ Inglehart II	Norris/ Inglehart III	Religiosität (Minkenberg)	Religiosität (fuzzy set)
USA	3.37	0.58	8.29	3	1.00
Irland	3.07	0.37	7.72	3	0.78
Italien	2.97	0.33	7.24	3	0.71
Portugal	2.97	0.28	7.73	3	0.71
Kanada	2.88	0.33	7.40	3	0.70
Spanien	2.51	0.21	6.10	3	0.48
Österreich	2.60	0.21	6.56	2	0.43
Australien	2.52	0.23	5.61	2	0.37
Belgien	2.43	0.20	5.30	2	0.32
Schweiz	2.37	0.16	5.92	2	0.32
Neuseeland	2.28	0.20	5.37	2	0.29
Deutschland	2.25	0.12	5.49	2	0.25
Niederlande	2.27	0.16	4.90	2	0.24
Grossbritannien	2.19	0.12	4.99	2	0.21
Finnland	2.38	0.13	5.61	1	0.19
Norwegen	2.30	0.12	4.62	1	0.11
Frankreich	2.17	0.11	4.28	1	0.06
Schweden	2.18	0.10	3.94	1	0.04
Dänemark	2.05	0.08	3.94	1	0.00

Quellen: Norris und Inglehart (2005) auf der Basis der World Value Surveys; Indikator 1: Wichtigkeit der Religion; Indikator 2: Prozentualer Anteil der Antwortenden, welche Religion als sehr wichtig empfinden; Indikator 3: Wichtigkeit von Gott. Minkenberg (2002a: 238): Klassifikation auf der Basis der World Value Surveys. Kriterium: Anteil der Bevölkerung, welcher mindestens einmal monatlich in die Kirche geht.

Tabelle A.6: Fuzzy Set-Scores Religiöse Parteien

Land	Religiöse Partei	Religiöse Partei (fuzzy set)
Belgien	6	1.00
Italien	6	1.00
Niederlande	6	1.00
Österreich	5	0.83
Deutschland	5	0.83
Schweiz	5	0.83
Norwegen	4	0.67
Spanien	4	0.67
Dänemark	3	0.50
Finnland	3	0.50
Irland	3	0.50
Frankreich	2	0.33
Portugal	2	0.33
Schweden	2	0.33
Australien	0	0.00
Kanada	0	0.00
Neuseeland	0	0.00
Grossbritannien	0	0.00
USA	0	0.00

Quellen: Lane et al. (1997), Swank (2006), Mendrinou (1989), Jacobs (1989), Murphy (1978), Tanenbaum (2002), Hartmann (1978), Herzog (1978a, 1978b), Budge et al. (2002), Pelinka (2003), Woyke (2003), Nannestad (2003), Auffermann (2003), Kempf (2003), Manow und Palier (2007), Ismayr (2003), Elvert (2003), Trautmann und Ulrich (2003), Lepszy (2003), Gross und Rothholz (2003), Merkel und Stiehl (2003), Barrios (2003), Jahn (2003), Linder (2003), Dalton (1996, 2002, 2006), Armingeon et al. (2006) sowie Mackie und Rose (1974).

Tabelle A.7: Fuzzy Set-Scores Stärke linker Parteien (1960–2000)

Land	Linke Regierungsbeteiligung	Linke Regierungsbeteiligung (fuzzy set)
Schweden	77.20	1.00
Norwegen	64.58	0.99
Österreich	59.08	0.99
Dänemark	52.38	0.97
Australien	38.78	0.79
Finnland	37.20	0.75
Grossbritannien	35.38	0.69
Spanien	32.74	0.60
Deutschland	32.24	0.58
Belgien	31.59	0.56
Schweiz	28.57	0.46
Frankreich	28.27	0.45
Neuseeland	27.54	0.43
Italien	25.64	0.37
Niederlande	19.98	0.23
Portugal	15.80	0.15
Irland	10.92	0.09
Kanada	0.00	0.03
USA	0.00	0.03

Quelle: Armington et al. (2006). Wert 0 für Portugal und Spanien vor der Demokratisierung.

Tabelle A.8: Fuzzy Set-Scores Koordination zwischen Firmen

Land	Koordination (fuzzy set)
Österreich	1.00
Deutschland	0.95
Italien	0.87
Norwegen	0.76
Belgien	0.74
Finnland	0.72
Portugal	0.72
Dänemark	0.70
Frankreich	0.69
Schweden	0.69
Niederlande	0.66
Spanien	0.57
Schweiz	0.51
Australien	0.36
Irland	0.29
Neuseeland	0.21
Kanada	0.13
Grossbritannien	0.07
USA	0.00

Quelle: Hall und Gingerich (2004a). Abgedruckt wurden die Daten in Hall und Gingerich (2004b: 14). Der Indikator ist bereits auf 0–1 standardisiert und wird in dieser Form verwendet.

Tabelle A.9: Wahrheitstafel "Ausgeprägte Arbeitnehmerschutzgesetzgebung" und sechs Bedingungen

Zeile	Bedingungen						Outcome		
	KONF	RELIG	REGU	RELPAR	LINPAR	KOOR	ASG	Fallzahl	Konsistenz
1	1	0	0	0	0	1	1	1	1.000
2	1	1	1	0	0	1	1	1	0.972
3	1	0	0	1	1	1	1	1	0.946
4	1	1	0	1	0	1	1	1	0.924
5	1	0	1	1	1	1	1	3	0.875
6	0	0	0	1	0	1	0	1	0.812
7	0	0	1	1	0	1	0	1	0.732
8	0	0	0	0	0	0	0	1	0.698
9	0	0	1	0	1	0	0	1	0.680
10	0	0	0	0	1	0	0	1	0.606
11	0	1	0	0	0	0	0	2	0.393

Anmerkungen: Die logischen Rudimente werden aus Platzgründen nicht wiedergegeben. Die Fallzahl in der Wahrheitstafel reduziert sich auf 14 Fälle aufgrund der Verwendung des Indifferenzpunktes bei der Kalibrierung von fünf Fällen.

Tabelle A.10: Wahrheitstafel "Niedrige Arbeitnehmerschutzgesetzgebung" und sechs Bedingungen

Zeile	Bedingungen						Outcome			Konsistenz
	KONF	RELIG	REGU	RELPAR	LINPAR	KOOR	asg	Fallzahl		
1	0	0	0	0	1	0	1	1	1	1.000
2	0	1	0	0	0	0	1	2	2	1.000
3	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1.000
4	0	0	1	0	1	0	1	1	1	0.844
5	0	0	1	1	0	1	0	1	1	0.772
6	1	1	0	1	0	1	0	1	1	0.558
7	1	0	1	1	1	1	0	3	3	0.553
8	1	1	1	0	0	1	0	1	1	0.551
9	1	0	0	1	1	1	0	1	1	0.502
10	0	0	0	1	0	1	0	1	1	0.442
11	1	0	0	0	0	1	0	1	1	0.438

Anmerkungen: Die logischen Rudimente werden aus Platzgründen nicht wiedergegeben. Die Fallzahl in der Wahrheitstafel reduziert sich auf 14 Fälle aufgrund der Verwendung des Indifferenzpunktes bei der Kalibrierung von fünf Fällen.

Religion and Employment Protection Legislation: A Fuzzy Set-Analysis

This article focuses on the relationship between religion and employment protection legislation in Western democracies. In his well-known theory, Esping-Andersen claims that catholic social teaching is the most important determinant of the level employment protection legislation. In contrast to Esping-Andersen, we argue that his argument is not a sufficient explanation and has to be extended by introducing political actors (Christian and Social democracy), religiosity (demand and supply side) and a distinction between lutheran and reformed Protestantism. The empirical part shows that religious factors can explain a part of the observed variation, but the discussed extensions prove to be crucial. Next to religious factors, the coordination between firms in an economy plays an important role. However, the model fails to explain the variation among Europe's small and open economies. In these countries, alternative schemes for the protection of employees exist. In the case of Switzerland, for example, these schemes even lead to a similarly gender-segregated labour market.

Religion et législation pour la protection de l'emploi: une analyse à l'aide de l'ensemble flou

Cet article porte sur la relation entre religion et législation pour la protection de l'emploi dans les démocraties occidentales. Dans sa théorie, Esping-Andersen soutient que l'éducation sociale catholique est le déterminant le plus important du niveau de la protection de l'emploi. Contrairement à Esping-Andersen, nous affirmons que son argument n'offre pas une explication suffisante et que l'on doit introduire des acteurs politiques (la démocratie Chrétienne et sociale), la religiosité (l'offre et la demande) et une distinction entre le Protestantisme luthérien et réformé. La partie empirique prouve que les facteurs religieux peuvent expliquer en partie la variation observée, et que les extensions proposées sont essentielles. Les facteurs religieux et la coordination entre entreprises jouent un rôle important. Tout de même, le modèle n'explique pas la variation qui peut être observée dans le cas des petites économies ouvertes. Dans ces pays, il y a des programmes alternatifs pour la protection des employés. Dans le cas de Suisse, par exemple, ces programmes conduisent à un marché du travail segmenté au niveau du genre.

Patrick Emmenegger ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der vergleichenden Sozial- und Arbeitsmarktpolitikforschung.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern, Lerchenweg 36, CH-3012 Bern, Schweiz. Tel.: +41 (0)31 631 83 55; E-Mail: emmenegger@ipw.unibe.ch.